

Erhebt täglich außer Montags, Donnerstags, Freitags für Berlin: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pfennige in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pfennige. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pfennige. Abonnement: 2,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: für Frankreich u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat. Eingetragen in der Volk-Zeitung. Preisliste für 1891 unter Nr. 649.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitspalte oder deren Raum 25 Pfg. für Berlin- und Verfassungsveränderungen 30 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Kreuzdruck-Anstalt: Amt VI, Nr. 4100.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 13. August 1891.

Expedition: Beuth-Strasse 3.

### Die Hungersnoth in Rußland.

Es ist nicht lange her, daß die amtliche und die literarische Presse in allen Tonarten den Ruhm der ökonomischen Wohlthaten sang, welche die Regierung Alexanders III. auf das Volk herabregnen lasse. Man hat uns die Ohren vollgeschrien von der weisen Finanzpolitik des Herrn Wjtschnegradsky, von der Erhöhung der Steuern (offenbar! auch dies ist eine „Wohlthat“!), von dem exzellenten Stand des ganzen Staatshaushalts! Und jedem unbefangenen Beobachter wurde jeder Zweifel in Sachen der russischen Finanzen zum Verbrechen empfunden! — Nun wohl! Die schlechten Aussichten einer einzigen Ernte genügen, um den schönen Wahn vom reichen und glücklichen Kaiserreich gleich einem übermäßig aufgeblähten Ballon mit einem Schläge zerplatzen zu lassen. In einem früheren Briefe habe ich schon nachgewiesen, daß die gedeihliche Entwicklung der russischen Finanzen eine vollständige Lüge ist, daß der günstige Erfolg der Anleihen ausschließlich der politischen Lage Europa's und insbesondere Frankreichs geschuldet ist, daß unsere Budgets nur infolge der wundervollen Ernten von 1887 und 1888 überschüssig aufzuweisen vermögen und schließlich, daß solche zufällige Ursachen keine dauerbaren Wirkungen herbeiführen können. Meine Prophezeiungen, traurig, daß es sein mußte, treffen in geradezu beunruhigender Weise ein! Schon das Budget von 1890 hatte einen bedenklichen Rückgang bekommen durch die mittelmäßige Ernte von 1889; das von 1891 wird die Spuren der mageren Ernte von 1890 tragen; im 1. Drittel des laufenden Jahres sind von den Amortisationsrenten, die die Bauern dem Staat schulden zur Ablastung der Ländereien, die ihnen von den Herren abgetreten worden sind, ungefähr 400 000 M. weniger eingegangen und die Steuererträge haben sich um 1 670 000 M. vermindert. Was das Budget von 1892 anlangt, so kann ich bis jetzt trotz aller Jongleurstücke des Herrn Wjtschnegradsky keinen Weg sehen, wie die zarische Regierung ein Gleichgewicht herstellen will! Doch überhaupt — was scheert uns das Budget der Autokratie: es würde ja im Interesse der Bevölkerung ein Bankrott und Untergang des Petersburger Kaiserthums nur wünschenswerth sein können! Was aber traurig ist, tief traurig, das ist die jammervolle Lage, in der sich dieses Jahr ein sehr großer Theil der Bevölkerung befindet.

In der That, aus allen Gegenden laufen erschreckende Nachrichten ein. Es ist die Hungersnoth, die

wahre, klare Hungersnoth! Und nicht nur die örtliche Hungersnoth, wie die Nordrußlands von 1867, oder die Ostrußlands von 1873, die unter dem Namen „Hungersnoth von Samara“ eine traurige Berühmtheit erlangt hat und in meisterhafter Weise in einer anonymen Broschüre (von Peter Lawroff) beschrieben wurde, oder wie die südrussische von 1875; auch nicht wie die Hungersnoth von 1880, welche gleichwohl in einem gewaltigen Gebiet wüthete. Die Hungersnoth, die jetzt heranzieht, wird das ganze zentrale, das ganze östliche, beträchtliche Theile des südlichen Rußland umspannen und damit die fruchtbarsten und volkreichsten Gebiete des Reichs, seine wahre Kornkammer, heimsuchen. Nach dem amtlichen Berichte, der doch die Dimensionen des Unglücks sicherlich eher herabschätzt denn übertreibt, sind ganz besonders schwer folgende 17 Provinzen betroffen: Tula, Kasan, Tambow, Pensa, Sfaratow, Samara, Kasan, Nischnij-Nowgorod, Wlaska, Kursk, Charkow, Poltaw, Woronesch, Orel, Jekaterinoslaw und Cherson sowie zahlreiche benachbarte Provinzen leiden in entsprechendem Maße unter einer Theuerung. Aber schon allein in diesen 17 besonders hart geprüften Provinzen, wenn wir nur sie rechnen, leben mehr als 33 Millionen Menschen, das hieße 40 pCt. der Einwohnerzahl des eigentlichen, europäischen Rußland. Und gerade in diesem Augenblick, nach fast völliger Erschöpfung des vorjährigen mittleren Ernte-Ertrags ist die Lage der Bauern eine wahrhaft entsetzliche! Trotz aller unerbittlich scharfen Anwendung der Zensur wimmeln die Zeitungen von Nachrichten, die uns in ihren Einzelheiten mitten in die großen Hungersnöthe des Mittelalters versetzen. Im Gouvernement Nischnij-Nowgorod fehlt es völlig an Brot, und die Felder sind noch unbestellt aus Mangel an Saatloren; in Kasan machen die Bauern ihre Höfe zu, schließen die Thüren und ziehen in ganzen Banden zum Betteln aus; alles Vieh ist zu lächerlich geringen Preisen verkauft und nicht selten findet man auf 4 Wirtschaften nur ein Pferd. Im Gouvernement Kasan nehmen die Wohlhabendsten tagsüber ein einziges Mal Nahrung zu sich und das Gros der Bevölkerung bringt meist 2, 3 Tage lang keine Speise über die Lippen; in Simbirsk findet man „auch nicht eine Kehrre auf den Feldern“. In den wichtigsten ackerbauenden Gegenden Mittel-Rußlands ist kaum ein Viertel der Bauern Brot, während die Uebrigen, besonders in den Gouvernements Tambow, Orel, Woronesch, Tula sich von Baumrinde, Sauerampfer und anderen Kräutern, denen sie ein wenig Mehl beimengen, ernähren müssen. Allerorten ist der Viehstand durch Seuchen gezehrt; das Brot hat seine Preise verdoppelt und schon weiß man Fälle von Hungerstod zu melden. In Kasan erbieten sich die Bauern einen langen

Tag Sommerarbeit für 10 Pfg. zu leisten, aber Niemand will sie mieten; in Kasan wird für zwei Pfund Brot den Tag gearbeitet; in Cherson zählt man 150 000 ländliche Arbeiter, die aus den Gouvernements Poltawa, Tschernigow, Kiew, Kursk, Orel dorthin gezogen sind und in den sonst so reich gesegneten, jetzt von der Sonne ausgebrühten Gefilden von Cherson keine Beschäftigung finden können. Tausende dieser Arbeiter irren im Gouvernement Taurien, Tausende im Gouvernement Samara und anderen umher.

Und wie hilft man? Wer hilft? Weder der Staat noch die Zemstwo's sind im Stande, der ausgehungerten Bevölkerung auch nur die geringste wirkliche Erleichterung ihrer Noth zu verschaffen. Die Unterstützung, wie es die Herren vom Kapital benamen, welche der Staat für den Fall einer Theuerung bereit hält, beträgt thatsächlich nicht viel mehr und nicht viel weniger denn 30 Millionen! Ist da noch ein Wort hinzuzufügen? Berlangen doch nach amtlichem Berichte allein fünf Gouvernements durch ihre obrigkeitlichen Organe 40 200 000 Mark Subsidien: das Gouvernement Kasan 12 760 000; Nischnij-Nowgorod 11 000 000; Simbirsk, Pensa und Kasan jedes 5 500 000 Mark! Und natürlich — dieser Moment ist für die Getreidehändler günstig, sie ergreifen ihn und treiben um ihrer Spekulationszwecke willen die wahrlich genügend hohen Getreidepreise immer weiter in die Höhe und lassen das Volk im Hunger und Elend verkommen; in den Gouvernements Sfaratow, Kasan, Nischnij-Nowgorod ist es ihnen gelungen bis 300 pCt. Gewinn herauszuschlagen! Die öffentliche Meinung ist im höchsten Maße erbittert gegen einige Großkaufleute, (man nennt darunter auch die Bürgermeister mehrerer Provinzialstädte, z. B. den Bürgermeister Swijaschsk im Gouvernement Kasan), die, um möglichst leicht und billig Getreide einkaufen zu können, sich als Vertreter der Obrigkeit hinstellten und vorgaben, sie seien beauftragt Nahrung für die Bedürftigen zu kaufen; hatten sie dieses betrügerische Spiel mit gewünschtem Erfolg gespielt, so verkauften sie das billig Erstandene zu dreifach höheren Preisen an die ausgehungerte Bevölkerung. Aus manchen Gegenden des Gouvernements Kasan hat man Volksaufstände gemeldet; die russischen und tartarischen Bauern stürmten die mit Feldfrucht gefüllten Magazine und theilten Getreide und Mehl an Jedermann aus. Die Kornhändler und Ortsbehörden, die „Ordnung“ und „Eigenthum“ schützen wollten, wurden mißhandelt.

Ja, die Lage in Rußland ist sehr ernst! Ernster als es die Regierung „Väterchens“ selbst glauben noch glauben lassen möchte! Gewiß, noch ist es nicht die Revolution, die den armen ausgehungerten, ausgezogenen Mujiks die Waffen in die Hand giebt, wohl aber haben politische Krisen,

### Feuilleton.

#### Kapitän Lobe.

Von John Law.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen von Regina Bernstein.

Das Paar verließ den Saal, einer dem andern ins Hinterrücken stehend. Das Weib triumphirte, und der Mann schien innerlich zu schwören, daß sie das Geld nicht bekommen solle. Aber sie hatte ihre Papiere in der Tasche, und wo er auch hinginge, sie hatte das Recht, ihren Unterhalt zu fordern, oder ihn ins Gefängniß zu schicken, wenn er sich weigerte, sie und die Kinder zu erhalten. Eine andere Frau trat vor und murmelte einige Worte über die schmutzige Bibel hinweg, deren Einband von Thränen und Küssen fast aufgeweicht war. „Ich kann mein Trennungsgeld nicht bekommen, Euer Ehren. Er hat mir nur fünf Schillinge bezahlt, und er schuldet mir mindestens ein Pfund.“ „Was soll das heißen?“ fragte der Richter einen elend aussehenden kleinen Mann, der ihm gegenüber stand. „Ihr wißt, daß ich Euch verurtheilt hatte, ihr zehn Schillinge die Woche zu zahlen.“ „Euer Ehren, ich habe es nicht. Sie geht nach jedem Platz hin, wo ich Arbeit bekomme — sie war bei Dawkins und Besons' und in allen anderen Geschäften und erzählt überall solche Lügen, daß ich herausgeworfen werde. Macht

mit mir, was Ihr wollt, Euer Ehren, nur schickt sie nicht wieder nach Haus.“ Die fatalen Papiere wurden hervorgeholt, und obgleich der Mann augenscheinlich an den Stufen des Altars einen Pakt mit dem Teufel abgeschlossen hatte, war er doch verurtheilt worden, für den Unterhalt seines Weibes aufzukommen. „Mein guter Mann,“ sagte der Richter, „Ihr thut mir sehr leid, aber Ihr müßt schon sehen, das Geld aufzubringen. Ich will Euch bis nächste Woche Aufschub geben.“ Der dritte Fall betraf eine alte Bettstelle, die die Wirthin für die fällige Miete zurückbehalten hatte, und die ihre Mietherin jetzt wieder haben wollte. „Ich bin eben aus der Anstalt herausgekommen,“ sagte die Klägerin, indem sie eine Miße, wie sie im Armenhaus getragen werden, von dem Kopf eines Säuglings in ihren Armen nahm, „und nun wollte ich die Bettstelle versehen, um für den Anfang etwas zu haben. Ich will ihr die Miete bezahlen, aber das Bett gehört mir, und sie darf es mir nicht wegnehmen; es ist ja Alles, was ich auf der Welt besitze, Euer Ehren. Mein Mann hat mich verlassen, wie ich das süße Kind bekommen habe, und seitdem waren wir beide in der Anstalt. Ich muß meine Bettstelle haben.“ „Ihr könnt sie aber nicht haben,“ erwiderte der Richter, „sie ist für die Miete zurückgehalten worden.“ „Dann schickt mich ins Gefängniß,“ rief das Weib heulend. „Ich habe heut den ganzen Tag noch nichts gegessen. Schickt mich ins Gefängniß!“ Sie wurde von zwei Polizeidienern ergriffen und aus dem Saal geführt. Einen Augenblick darauf ertönte lautes

Schreien aus dem danebenliegenden Flur und sie wurde wieder zurückgeführt, gefolgt von ihrer Hauswirthin, deren Gesicht blutete. „Sie fiel über sie her, wie eine Tigerin, Euer Ehren,“ erklärte der Polizist, „sie war kaum draußen, da stürzte sie auf die andere Frau, und wenn ich nicht daneben gewesen wäre, hätte sie das Kind fallen gelassen.“ „Ich lasse Euch wegen ungebührlichen Benehmens vor Gericht auf zwei Tage ins Gefängniß schicken,“ donnerte der Richter. „Ihr seid ein unverbesserliches Weib! Nächster Fall!“ „Das ist es ja gerade, was ich wollte,“ sagte die Verurtheilte, indem sie sich die Thränen vom Gesicht wischte. „Ich danke Euch sehr, Euer Ehren, nun werde ich doch etwas zu essen bekommen.“ Sie folgte dem Polizisten zu den Zellen, das Kind in seinem Armenhauskleidchen auf dem Arm. Es schlief fest, denn seine Mutter hatte ein altes Tuch verfest, um Schnaps zu kaufen, und es war berauscht. Sein bleiches krankhaftes Gesicht kontrastirte seltsam mit den rothen Wangen seiner erregten Mutter. Diese trug ein kurzes zerlumptes Kleid und einen mit einer lebhaften Feder verzierten Hut. Der Ausdruck ihres Gesichtes war ebenso erregt wie trotzig, denn Zeit ihres Lebens war sie in wüthendem Kampf mit ihren Hauswirthinnen gewesen, und sie liebte es nicht, „eingewickelt“ zu werden. In der Gefangenzelle wird sie schlafen, und nach ihrer Freilassung von Polizeigefängniß zu Polizeigefängniß wandern, immer ihr Kind mit sich, bis es der Tod — dessen barmherzige Sichel so viele von den Höhlenkindern niedermäht — vom Erdenloos befreien wird. Kapitän Lobe's Augen folgten der Mutter und dem

berer Ausdehnung und Tragweite die herrschenden Klassen nie voraussehen vermochten, oft genug so begonnen. Denn — unsere Freunde so gut wie unsere Feinde mögen es sich wohl merken! — die Hungersnot dieses Jahres ist nichts als ein ungewöhnlich drastischer Beweis dafür, in welchem jammervollen Zustand die Autokratie das Land bringt. Ich habe in einem früheren Briefe Gelegenheit gehabt, die für andere Verhältnisse geradezu unfaßliche Thatsache anzuführen, daß das russische Volk ein Viertel (sic!) seines Brutto-Einkommens dem Staate in Gestalt von Steuern zahlen muß! Ist es wohl ein Wunder, wenn die Produktivkräfte unseres Landes so gering entwickelt sind, daß im fruchtbaren Theile Rußlands alle 10 Jahre zwei- bis dreimal Thenerung eintritt? Ist es ein Wunder, wenn unser Ackerland so zurückgeblieben ist, daß der Hektar durchschnittlich nicht mehr denn 6 Hektoliter Weizen und 9 1/2 Hektoliter Roggen trägt, während die betreffenden Durchschnittsziffern in England 24 1/2 und 23 Hektoliter, in Frankreich 18 und 15 Hektoliter betragen? Wenn nur unsere Volksausbeute vor allem nicht von der Faulheit und der Bestialität des russischen Bauern sprechen wollten! Ich möchte einmal das Gesicht eines englischen Landlords oder eines mecklenburgischen Junkers sehen, wenn der Staat ihm eine Steuer von 25 pCt. seines Brutto-Einkommens auflegte! Wohl! Bei uns gilt diese Steuerlast noch als eine der herrlichsten Herrlichkeiten unserer „väterlichen“ Zarenregierung, und da fordert man noch vom Bauern, er solle „endlich eine rationelle Bewirthschaftung einführen“!

Iwan Sfergejewskij.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. August.

Das Roggen-Ausfuhrverbot der russischen Regierung war vor wenigen Tagen ziemlich allgemein erwartet worden — im Augenblick, wo es beschlossen wurde, hatte man es aber nicht mehr erwartet, weil in den russischen Regierungsblättern ausdrücklich erklärt worden war, ein Ausfuhrverbot sei nicht beabsichtigt — nur eine Beschränkung der Ausfuhr könne sich wohl notwendig erweisen.

Nun ist durch parisischen Ukas das absolute Verbot der Ausfuhr von Roggen und Roggenmehl beschlossen worden, und zwar soll das Verbot mit dem 23. d. M. in Kraft treten.

Man würde annehmen können, bei dieser Maßregel spielten politische Rücksichten mit — sie sei in der Absicht getroffen worden, Deutschland Verlegenheiten zu bereiten, — allein die Nachrichten aus dem Inneren Rußlands — siehe unseren Leitartikel — enthüllen einen so entsetzlichen Nothstand infolge der Mißernte, daß man nicht nöthig hat, auf politische Beweggründe zurückzugreifen.

Judeh ist dieses Ausfuhrverbot doch sehr gerignet, bei gewissen Leuten, die einen europäischen Krieg als eine Kleinigkeit, ja, als ein Plaisir, als eine Art Sport betrachten, sehr ernste Gedanken zu erwecken.

Daß Deutschland — ganz abgesehen von den heutigen Ernsteverhältnissen — nicht mehr genug Getreide für den Konsum seiner rasch wachsenden Bevölkerung zieht, ist eine feststehende, selbst von den Herren Agrariern nicht bestrittene Thatsache. Wie soll nun unsere Bevölkerung im Fall eines Krieges ernährt werden? Auf Getreidezufuhren zur See ist dann nicht zu rechnen, weil unsere Flotte in jedem Fall überlegene Feindesflotten sich gegenüber hätte, und außer Stand wäre, die See offen zu halten. Und zu Lande würden voraussichtlich, mit Ausnahme der österr. Reichsgrenzen, sämtliche Grenzen hermetisch für uns verschlossen werden. Der österr. Getreideüberschuß würde aber zur Deckung des deutschen Getreide-Defizits nicht ausreichen.

Unter diesen Umständen kann das chauvinistische Gebahren vieler Blätter nicht scharf genug verurtheilt werden —

die Interessen der verschiedenen Völker und Länder sind jetzt so innig mit einander verflochten, daß jeder Krieg für jedes betheiligte Land und Volk — den Sieger wie den Besiegten — die furchtbaren ökonomischen Wirkungen, und — auch über die eigentlichen Sphären des Krieges hinaus — unsagbares Elend im Gefolge haben muß. Mit der steigenden Zivilisation steigern sich die Uebel des Krieges, und damit auch seine Gefahren. Und obgleich wir von den Lasten, welche die gegenwärtige Lage der Dinge uns auferlegt, schier erdrückt werden, so schöpfen wir daraus doch den Trost, daß die Gemeenschädlichkeit der politischen und sozialen Einrichtungen, die solche unnatürliche Zustände entstehen und bestehen lassen, mehr und mehr von den Völkern erkannt werden muß, und daß aus dieser Erkenntnis schließlich Einrichtungen hervorzuzwängen müssen, die den Interessen der Völker förderlich und mit der menschlichen Kultur in Harmonie sind. —

Gegen den Nothstand hat das „Friedländer Wochenblatt“ — natürlich Amisblatt — ein probates Mittel entdeckt. Nämlich folgendes Rezept zum Brotbacken:

Man nehme Quedenwurzeln, welche überall wächst, trockne dieselbe in kleine Stücke geschnitten, und lasse sie mahlen. Das sich hieraus ergebende gelbliche Mehl wird dann zur Hälfte mit Weizenmehl gemischt und diese Mischung ergibt ein angenehmes Brot.

Herr v. Caprioli wird über diese Entdeckung sehr erfreut sein. Die Quedenwurzeln bietet einen billigen Ersatz für den Weizen, den er den Deutschen empfohlen hat, den zu kaufen ihre Mittel ihnen aber nicht erlauben. Die Verwendung der Queden zu Brot würde jedenfalls nach einer Seite hin sehr nützlich sein: wenn der menschliche Magen dabei vielleicht auch nicht gut fahren dürfte, so würde auf diese Weise doch die Ausrottung der Queden, die bekümmlich ein sehr bössartiges Unkraut sind, endlich einmal bewirkt werden. Freilich es giebt Unkraut, dessen Ausrottung den Menschen noch weit zuträglicher wäre. —

In Bezug auf den Selbstmord Steiger's — des ehemaligen Oberingenieurs der Bochumer Werke — erklärt ein Korrespondent der ultramontanen Kölnischen Volkszeitung — also ein unverdächtig gewählter Mann — daß der Selbstmord mit dem Fall Baare in keinerlei Zusammenhang stehe. Wir halten es für unsere Pflicht, von dieser Erklärung Notiz zu nehmen. —

Herr Constans, der französische Ministerpräsident, hat dieser Tage eine Rede gehalten, die für den Chauvinismus einiger seiner Landsleute ein Kaltwasserstrahl war. Er lenkt die Aufmerksamkeit von der äußeren Politik auf die inneren Fragen, die der Lösung harren, und meint, z. B. die Alters- und Invalidenversicherung, welche ein schweres Werk sei, müsse um jeden Preis durchgeführt werden, und koste es auch Milliarden. Habe man Milliarden für die Armee und Flotte aufgebracht, dann müßten sie sich auch für die Arbeiter finden. Sehr schön das. Herr Constans vergißt nur, daß in Frankreich die Bourgeoisie herrscht, und daß die Bourgeoisie ein Klasseninteresse hat, für die Arbeiter zu zahlen, welche sie zur Unterdrückung gegen die Arbeiter braucht, Milliarden zu geben, die ja schließlich doch von den Arbeitern bezahlt werden — daß sie aber kein Klasseninteresse hat, etwas für die Arbeiter zu bewilligen — daß im Gegentheil das Klasseninteresse ihr gebietet, für die Arbeiter nichts, aber falls aus Ansehensrücksichten etwas gethan werden muß, möglichst wenig zu geben — wofür sie ja in Deutschland ein gloriores Muster findet. —

Aus der Schweiz schreibt man uns d. d. Zürich, den 10. August 1891:

Die Vereinigung der Stadt Zürich mit den Außengemeinden — das ist hier das große Ereigniß des Tages. Das Gesetz, welches die Vereinigung ausspricht, unterlag gestern dem Referendum und wurde von dem Volk des Staates Zürich mit 37 000 gegen 24 000 Stimmen angenommen. Darob Freudenfeier, Böllerschüsse und Fackelzüge auf der einen, lange Gesichter und Gejammer über das „den Sozialdemokraten in die Hände gefallene Neu-Babylon“ auf der anderen Seite!

warum ich zwei Mal so viel zahlen soll, als zur Zeit, da sie noch mit ihrem Verstand gesegnet war. Und was noch mehr ist, ich kann es nicht thun, Herr, denn ich selbst habe mir gelegentlich Arbeit, und wie dieser Herr hier weiß, war ich selbst im Krankenhaus.“

„Ist ein Jenge da?“

„Heilsarmee, spricht Ihr,“ sagte der Dodarbeiter, „sagt dem Herrn, wie es steht und wie ich für die Kinder zu sorgen habe.“

Kapitän Lobe gab sein Zeugniß ab und hat den Richter, aus den fünf Schillingen pro Woche eine halbe Krone zu machen.

Der Richter blinzte ihn an, als er in der Zeugenloge stand, und die Schreiber starrten auf das S an seinem Krage, bis er zu sprechen aufhörte. Dann entstand eine Pause, während welcher der Dodarbeiter seinen alten Filzhut erregt zwischen den Fingern drehte, der Rechtsanwalt seinen Nachbar, der eingeschlafen war, aufweckte, die Polizisten gähnten und husteten, und die Zuschauer hinter dem Anklagestand zischelten.

Endlich wurde das Schweigen von dem Richter unterbrochen, der verkündete: „Eine halbe Krone wöchentlich und die Kosten.“

Der Dodarbeiter murrte seinen Dank, und warf einen erkennlichen Blick auf Kapitän Lobe, welcher durch eine Seiten Thür entschlüpfte, während der Richter mit drei oder vier Mitgliedern des Schlichterhandels handelte. Diese Leute sollen sich im Laufe von zwölf Monaten von diesem einen Polizeigericht gegen drei Tausend Zwangsvollstreckungen gegen die Eltern schulpflichtiger Kinder haben anstellen lassen.

Kapitän Lobe ging heim; er mußte an die Frau denken, die mit ihrem Kinde diesen Morgen erst das Armenhaus verlassen hatte, und deren weltliche Besitzthum aus einer alten Bettstelle bestand, und er sann darüber nach, was wohl aus dem kränklich aussehenden Kinde werden würde. Plötzlich fiel ihm ein, daß er noch nicht gestrichelt hatte.

„Ich weiß nicht, wie es kommt,“ sprach er zu sich, „aber ich verliere jedesmal meinen Appetit, wenn ich dabei bin, wenn diese Dodarbeiter sich zur Arbeit drängen. Ich

Das Resultat der gestrigen Volksabstimmung entbehrt auch einer großen politischen Bedeutung und ist Nichts, sonst ist Wochen, ja Monate lang für und gegen das Vereinigungsgesetz gearbeitet und gewählt. Das liberale konservative Populärthum im Verein mit etlichen Millionären machte die verzweifeltsten Anstrengungen, um das Volk gegen die Gesetzesvorlage einzunehmen. Wohl niemals haben sich die „Herren“ es so viel Geld kosten lassen, um das ihnen verhasste, weil in ihren Geldbeutel greifende Gesetz zu Fall zu bringen. Die Agitation gegen den Sozialdemokrat Vogelzanger im verflochtenen Jahre war nichts weiter im Vergleich zu der Wählerarbeit gegen das Vereinigungsgesetz. Es hat alles nichts geholfen; der Feind hat diese letzte Entscheidungsschlacht mit 13 000 Stimmen Majorität gewonnen. Bemerkenswerth ist, daß gestern auch der neue „Bauernbund“ zum ersten Mal Gelegenheit hatte, eine Probe von seiner Kraft zu geben. Gerade vom Bauernbund versprochen sich die kapitalistischen Reaktionen sehr viel; er war der rocher de bronze auf dem sie ihre Souveränität stabilisieren wollten. Aber auch diese Hoffnung ist jetzt zu nichts geworden. Selbst die Bezirke, die denen der „Bauernbund“ seinen größten Anhang besitzen, haben es nur zum Theil zu einer kleinen Majorität gegen das Gesetz gebracht; die große Mehrzahl der ländlichen Gemeinden hat sich für das Gesetz erklärt.

Das angenommene Vereinigungsgesetz bedingt einen tüchtigen Schritt nach vorwärts auf dem Gebiete der kantonal-zürcherischen Sozialreform. Seine Bedeutung liegt auf dem Gebiete der Steuerpolitik. Außerhalb der Arbeiterstadt Zürich, konnte die Kosten seines Stadthausbaus nicht mehr aufbringen — es war zu arm. Den Vortheil davon hatte die Kapitalistenstadt Zürich. Hier schaffen die Arbeiter den Mehrerwerb und der Kapitalist war so glücklich, ihn fast ganz in die Tasche stecken zu können, denn er hatte nicht für die Erziehung der Arbeiterjugend aufzukommen; das war Kaiserpflicht, d. h. den Arbeitern selbst aufgebürdet. So besahen die Bewohner Zürichs ein thätiges Privileg gegenüber den zum großen Theil von Arbeitern bevölkerten Außengemeinden. Dieses Privileg beseitigt zu haben, war eine schöne That sozialer Gerechtigkeit, auf die das Volk der kleinen zürcherischen Republik stolz zu sein alle Ursache hat. Die Folge der Vereinigung wird sein, daß die Arbeiterschaft im kantonalen Leben Groß-Zürichs einen bedeutenden Einfluß haben wird. Denn da sie die Mehrzahl der Bevölkerung bildet und das „Neue Babylon“ eine radikal-demokratische Verfassung besitzt — obligatorisches und fakultatives Referendum, Motionsrecht, Referendumsrecht und Initiative sind gewährleistet — so kann die Arbeiterschaft auch ihren Willen zur Geltung bringen. —

Der Brüsseler Kongress wird von der Schweiz von einer Reihe von politischen und gewerkschaftlichen Organisationen besichtigt werden, obenan vom Grütliverein vom schweizerischen Gewerkschaftsverband und von der sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Das Zentralkomitee des Grütlivereins, das seinen Sitz jetzt in Winterthur befindet, besetzte die Genossen Robert Seidel, Redakteur der „Arbeiterstimme“ in Zürich, und Baumgartner. Die Wahl des letzteren ist nicht ohne gewisse symptomatische Bedeutung. Während Seidel in der „Arbeiterstimme“ einen radikal-sozialdemokratischen Standpunkt vertrat, vertritt sich der Grütliverein häufig der demokratischen Partei an. Es kam sogar vor nicht allzulanger Zeit zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Seidel und Vogelzanger, Redakteur des offiziellen Organs der Grütlivereine, „Grütliener“. Der Umstand, daß trotzdem die Wahl Seidel und nicht auf Vogelzanger fiel, beweist, daß die sozialdemokratischen Ideen sich auch immer mehr unter nationalen, patriotischen Grütlienern verbreiten. —

Der Zwist, welcher durch Parnell unter den irischen Homerulex hervorgerufen worden ist, — was sich gleich von Anfang an voraussehen ließ — Stellung des Lord-Ministeriums stark befestigt und es längere Zeit hinaus zum Herrn der politischen Lage gemacht. Die irischen Homerulex bildeten eine kompakte Gruppe, die als Theil der Opposition dem Ministerium jeden Augenblick gefährlich werden konnte, und auf der im Wesentlichen die Macht Gladstone's beruhte. Mit der Kompaktheit dieser Gruppe — die in mancher Beziehung etwas dem deutschen „Zentrum“ Verwandtes hatte, — ist es nun zu Ende.

denke, es muß diese Glode sein, deren Ton zu sprechen scheint: Hunger! Hunger! Hunger.

17. Kapitel.  
Das Workhouse.

„Zu wem sprechen Sie?“ hörte er eine Stimme fragen. Er blickte auf, und sah den modernen Prometheus auf sich herabschauen.

Der Gemeindevorsteher hatte ihn sprechen hören. „Hunger, Hunger, Hunger,“ denn der kleine Kapitän hatte die Gewohnheit, auf der Straße laut zu sprechen, und auch eine Hymne zu summen, unbekümmert um Passanten, die öfters stehen blieben und ihm zuhorchten.

„Ich sprach zu mir selbst,“ antwortete er. „Um Wahrheit zu sagen, ich habe noch nicht gestrichelt, eine Glode an den Londoner Docks hat mir den Appetit genommen, und nachher war ich im Polizeigericht von London, Thamesstreet, das auch nicht gerade starkend wirkt. Ich bin ich auf dem Weg zur Bastille.“

„Dann können wir zusammen gehen,“ sagte der Vorsteher, denn auch ich will dorthin, um den Herrn Beamten wegen einer alten Frau etwas einzuhetzen, die sie ins Krankenhaus geschickt haben; sie hätten sie im Workhouse behalten sollen.“

„Ich sagte Ihnen damals,“ fuhr der Doktor, „als ich dahinschritt, fort, daß das ganze East-End verhungert. Das East-End ist entweder schlecht oder verrückt, wenn es nicht einsehen will, daß, wenn die Dinge so weiter gehen, wir nothwendigerweise auf eine Revolution gezwungen werden. Eines schönen Tages werden die Gassen hier herum vollständig verzweifeln und dann werden sie nach dem Westen marschieren und demoralisirt und massakriert, bis sie vom Militär niedergeschossen werden. Ich weiß wohl, daß meine Ideen übertrieben genannt werden würden, wenn ich sie drückte, von Walter Besant über das East-End zu lesen; Wahrheit bleibt Wahrheit, und wenn die Menschen davon

\*) Sehr verbreiteter Ausdruck für die Arbeitshäuser.

ft keines der Mitglieder von der irischen Sache abgefallen, aber sie sind durch Parnell in zwei feindliche Lager getrennt worden. Und ist auch die Mehrzahl den alten Parteitraditionen treu und in Bundesgenossenschaft mit der englisch-liberalen Oppositionspartei geblieben, so will doch eine, immerhin ins Gewicht fallende Minderheit von dieser Bundesgenossenschaft nichts wissen und zieht es vor, sich mit der jetzigen Tory-Regierung abzufinden. Die Folge dieser unglücklichen Spaltung ist, daß das Tory-Ministerium die irische Partei nicht mehr zu fürchten hat und die „irische Frage“ jetzt von amore, ganz nach Belieben lösen oder nicht lösen kann.

Wenn auch hart, ist die Strafe für die Irländer doch verdient. Allen demokratischen Grundgedanken Hohn sprechend, hatten sie Parnell zu ihrem „ungekrönten König“ gemacht und ihn mit einem unbeschränkten persönlichen Einfluß ausgestattet, der zum Mißbrauch geradezu herausforderte. Statt Diener seiner Partei zu sein, ward Parnell ihr Gebieter, und ein selbstherrlicher Gebieter, der seinen Widerspruch duldet und sein sic volo sic jubeo — so will ich, so befehle ich — mit einer Zurechtweisung, um welche dem Selbstherrlicher aller Reußen ihn hätte beneiden können.

Und nun haben die Irländer die Frucht ihres thörichten Personenkultus. Der „ungekrönte König“ hat seine Person über die Partei gestellt und den Einfluß, mit dem seine früheren Freunde ihn ausgestattet hatten, dazu benützt, nach Möglichkeit Alles zu zerstören, was in mühsamem Kampfe vieler Jahre erreicht war.

Eine Warnung für Völker und für Parteien! —

Der Schleier, welcher auf den Vorgängen im Innern Chinas ruht, fängt an Risse zu bekommen, welche einen Einblick, wenn auch noch keinen Ueberblick ermöglichen. Das ungeheure „Reich der Mitte“, welches nach der hergebrachten konventionellen Geschichtsbücher seit Jahrtausenden in seiner unbedingten Fortdauer verharrt, hat sich tatsächlich nicht bloß beständig fortentwickelt, sondern es macht auch seit Jahrhunderten heftige revolutionäre Krisen durch. Und die gegenwärtigen Wirren — das unterliegt keinem Zweifel — sind auf eine solche revolutionäre Krise zurückzuführen. Eine mächtige Partei, die ganze Provinzen bereits gewonnen hat und der sich hohe Beamte und ein Theil der Armee angeschlossen haben, soll den Sturz der Dynastie und die Herbeiführung einer neuen Ordnung der Dinge anstreben. Die „Kreuz-Zeitung“ erklärt die Bewegung für „nihilistisch“. — Daß es sich um eine soziale — wenn auch nicht sozialistische — Bewegung handelt, scheint gewiß. —

## Korrespondenzen und Parteinachrichten.

### Stimmen über den Entwurf des neuen Parteiprogramms.

**Berlin.** Der sozialdemokratische Wahlverein für den ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis nahm folgende Resolution des Genossen Hoffmann gegen 1 Stimme an: „Die am 11. August 1891 tagende öffentliche Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den ersten Berliner Reichstagswahlkreis erkennt noch genügender Diskussion den Programm-Entwurf des Parteivorstandes als im Großen und Ganzen den gegenwärtigen Anschauungen der Partei entsprechend an, giebt aber zu, daß noch Änderungen am Programm vorgenommen werden können und ersucht deshalb die Parteileitung, kurze Zeit vor dem Parteitage zu Erfurt alle bis dahin bekannt gewordenen Änderungsanträge zur besseren Uebersicht für die Delegirten, übersichtlich geordnet, zusammen zu stellen und im Parteiorgan zu veröffentlichen.“

**Brade.** In der Debatte über einen Vortrag des Redakteurs Groll aus Bielefeld ward der Wunsch laut, es möchte ausdrücklich ein Punkt in das Programm aufgenommen werden, der die Verletzung eines Abgeordneten durch seine Wähler verbot. Nachdem die Schwierigkeiten erklärt waren, welche der Durchföhrung einer solchen gesetzlichen Möglichkeit entgegenständen, ward allgemein anerkannt, daß mit einer Berufung der Legislaturperiode das Recht der Wähler ebenso gewahrt werden könnte. Die Versammlung beschloß demgemäß, durch den Delegirten zum Erfurter Parteitag den Antrag

bestehen, glosste Dinge zu hören, so geschieht es ihnen schon recht, wenn sie geradezu dem Abgrund entgegen wandeln.“

Es war ein schöner Julitag, und die Sonne schien über die Straße des East-End, wie sie auf die Gärten der reichen Leute und auf die Parks der königlichen Prinzen herabschaut. Die Sonne treibt keinen Personenkultus, wenn gleich es Leute giebt, die da meinen, daß sie sich fürchte, auf gekrünte Häupter finster herabzublicken, und daß die Könige sich vielmehr jederzeit schönes Wetter bestellen können. Aber in unserem Jahre des Heils 1888 nehmen noch immer alle Damen an schönen Tagen die Regenschirme mit als Beschwörungsmittel gegen den Regen, junge Mädchen befragen die Schwalben und die Blumen, um zu wissen, ob sie sich in einem neuen Out hinauszuwagen dürfen, alte Herren schauen erfahrenen Blickes prüfend zum wasserigen Mond und trägerischen Himmel auf, während die jungen Männer die Wettermeldungen in den Tagesblättern in Erwägung ziehen.

Die Sonne ließ das S auf Kapitän Lobe's Krage und den Streifen an seiner Wähe hell erglänzen. Er reichte dem modernen Prometheus, dessen hohe Gestalt und großer Kopf die kleinen Knaben veranlaßte, ihn „Riese“ zu rufen, nicht viel weiter, als bis zum Ellenbogen. Der Doktor schritt vorwärts, ohne auf die Fragen, ob es nicht recht warm sei, zu achten. Er sprach zu seinem Begleiter von der Krankheit, die sich seiner bemächtigt hatte, seit er unter dem Verlust so vieler ihm nahestehender Menschen zusammengebrochen; er raffte mit den Ketten, die ihn an seine halbverwunderten Patienten banden.

„Jedenfalls habe ich einen Vortheil in meinem Leben,“ sagte er, als sie an einem Krankenhaus vorbeikamen. „Ich bin aus dem Geleise geworfen, und so kann ich meinen eigenen Weg gehen, ohne meinen Kopf mit der Etikette des Gewerbes zu verdecken. In meiner Gemeindefähigkeit bin ich frei wie die Luft; keine Rücksicht auf den Geldverbrei stellt sich mir hemmend in den Weg. Diese Kerle im West-End sind die größten Sklaven auf Gottes Erdboden!“

(Fortsetzung folgt.)

zu stellen, in dem Programm sei auszusprechen, daß die Reichstagswahlen mindestens aller zwei Jahre vorzunehmen wären.

**Spandan.** Am 7. August fand hier eine öffentliche Versammlung der Lämpfer Spandan statt, die sehr gut besucht war. In derselben erkrankte der Vertrauensmann Bericht über den Verlauf des Streiks. Er führte ungefähr aus, daß er Rücksprache mit den Meistern genommen hätte, um auf gültlichem Wege den Berliner Lohnsatz zu erringen. Die Meister hätten jedoch in einem Schreiben erwidert, daß sie in einer Versammlung beschloßen hätten, den Berliner Lohnsatz nicht anzuerkennen, dagegen statt der bestehenden 10 pCt., 15 pCt. zu zahlen. In dieser Versammlung, zu welcher sämtliche Meister eingeladen waren, gaben auch zwei ihre Unterschrift, die sonst den Berliner Tarif anerkannt haben, sich aber jedenfalls von den Herren Zununngemeistern überreden ließen. Es entspann sich über den Bericht eine lebhaft Debatte, welche mit dem Beschluß endete, auch beiderseits der beiden Meister die Sperte zu verhängen, bis sie ihr Wort gegeben haben, den Berliner Tarif anzuerkennen. Es sind hier zehn Meister, wovon vier den Berliner Tarif vollständig anerkennen. Ueber die übrigen wurde die Sperte verhängt; es sind dies 1. Kuhlmei, 2. Prest, 3. Schwickendick, 4. Ann, 5. Mahto, 6. Meißner.

Folgende Resolution wurde angenommen: „Die Versammlung beschließt, die am 27. Juli angenommene Resolution hoch zu halten und verurtheilt das Verhalten der Kollegen des Meisters Prest, weil sie durch Nichterscheinen glänzen.“

Zugang ist strengstens fern zu halten.

**Raumburg.** In einer Fülle gegen den Redakteur des Reiter „Volksboten“, Genossen Hoffmann, wegen angeblichen Widerstands gegen die Staatsgewalt erkannte die Bezirkskammer des hiesigen Landgerichts auf Freisprechung. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Der Thatbestand war folgender: Am 30. März d. J. hatte in Leudern eine öffentliche Volksversammlung stattgefunden, welche Genosse Otto einberufen hatte. Zur Deckung der Tageskosten hatte letzterer ein Entree von 5 Pf. pro Person ausgeschrieben. Otto beauftragte den Genossen J. mit der Erhebung des Entrees, was jedoch die alsbald erscheinenden Gendarmen verboten. Hoffmann, welcher als Referent anwesend war, machte die Gendarmen darauf aufmerksam, daß sie kein Recht haben, das Entree-Erheben zu verbieten, und äußerte sich im Laufe der Auseinandersetzung dem Genossen J. gegenüber wie folgt: „Ein festes Entree können Sie erheben, das ist gesetzlich gestattet und kann auch keine Polizei verbieten.“ Die drei als Zeugen vernommenen Gendarmen behaupteten, daß der Angeklagte gesagt habe: „Nehmen Sie nur ruhig weiter Entree u. s. w.“ Gendarm Menger behauptete, es wäre ein unbekanntes Entree erhoben worden, was der Angeklagte jedoch entschieden bestritt. Die Gendarmen sagten ferner aus, sie seien deshalb ihrer drei gewesen, weil wiederholt Erzeffe vorgekommen sind, auch sei man sich in solchen Fällen jeden Augenblick über oder jenes gewärtig.“ Gendarm Menger sagte auch, daß, wenn Hoffmann da wäre, die Leute immer handelten, als meinten sie: „na, wenn Du da bist, da können wir drauf loslaufen.“ (Am ganzen Wahlkreise ist aber bei solchen Gelegenheiten niemals ein Erzeffe oder sonstige Gewaltthat vorgekommen.) Der Staatsanwalt plaidierte für „schuldig“ und glaubte, daß der Gerichtshof mit Rücksicht auf die drohende Miene, welche die Versammlung nach Aussage der Gendarmen gegen die letzteren angenommen haben soll, von einer Geldstrafe absehen und auf ein Monat Gefängniß erkennen würde. Der Angeklagte wünschte seine Freisprechung und Rückstattung seiner baaren Auslagen. Er führte aus, daß nach einer Entscheidung des Kammergerichts und vieler anderer Gerichte, so z. B. in Magdeburg, Schönebeck, Weiskensfeld, Zeitz etc., die Polizei das Erheben von Entree nicht verbieten kann, mithin also die Gendarmen so wenig wie der Bürgermeister zu einem solchen Verbote zuständig waren. § 119 verlange aber ausdrücklich, daß die Zuständigkeit vorhanden sei. Dann habe aber auch der Bürgermeister nur einen Gendarmen mit dem Verbote beauftragt. Dieser Gendarm hat nun das Verbot ausführen wollen und soll hierin von ihm (dem Angeklagten) gehindert worden sein; ein Gendarm ist aber nach der Reichsgerichtspraxis vom 13. und 15. März und 4. Oktober 1884 nur ein polizeiliches Vollziehungsorgan und keine Obrigkeit, daher habe auch die bloße Anordnung des Gendarmen keine rechtsgültige Kraft. — Das Urtheil lautete, wie schon oben mitgetheilt, auf Freisprechung, und zwar schloß sich der Gerichtshof den letzten Ausführungen des Angeklagten an.

**Saalfeld.** Das Landgericht Rudolstadt hob das gegen den Redakteur des „Saalfelder Volksblattes“ wegen der Notiz „Ueber Luthers Tod“ seitens des Schöffengerichts zu Saalfeld gefällte Urtheil auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an dasselbe Gericht zurück. (§§ 27 und 28 der St.-Pr.-O. und 389 des R.-St.-G.)

**Zeitz.** Das Schöffengericht verurtheilte den Genossen Hoffmann zu 48 W. bzw. 14 Tagen Haft, und die Frau des Maurers Hoffmann zu 24 W. bzw. 7 Tagen Haft wegen einer Leichenrede bzw. Veranstaltung eines öffentlichen Aufzuges; ferner wurden die ehemaligen Vorstandsmitglieder des Arbeiter-Bildungsvereins (Wehmer, Helm und Raumann) zu je 15 W. bzw. 8 Tagen Gefängnißstrafe verurtheilt, weil sie einen Vortrag in den Verein aufgenommen hatten. Der Vortrag, der in gewissem Gebilde geworden ist, wurde wegen Verjährung von der Anklage freigesprochen, durch seinen Eintritt in den Verein gegen das Vereinsgesetz verstoßen zu haben.

**Ein Parteitag der Sozialdemokraten Altenburgs** fand am Sonntag in Ronneburg statt. Aus den Verhandlungen ergab sich, daß trotz der vorhandenen Schwierigkeiten die Sozialdemokratie immer mehr Wurzeln faßt. Als Delegirter für den internationalen Arbeiterkongress wurde Genosse Wurm gewählt, als Delegirter für den Parteitag in Erfurt die Genossen Horn-Rahlia und Buchwald-Altenburg.

**Ottensen.** Redakteur Gustav Stengete von der „Norddeutschen Volkszeitung“ hat die sechsmonatliche Gefängnißstrafe, die ihm wegen Verleumdung des Doktors Wacker in Flensburg zuerkannt worden ist, am 7. August angetreten.

**Oestemünde.** Gegen die Kornzölle richtet sich eine in Oestemünde, Bremerhaven und Lehe zur Petition gelangende Petition an die Reichsregierung. Diese Petition besagt in ihrer Begründung:

Die vorjährige Kartoffelernte muß als eine durchaus ungenügende bezeichnet werden. Die Preise dieser für alle Familien notwendigen Frucht gingen rasch in die Höhe. Ein harter, anhaltender Winter war die Veranlassung einer weiteren Preissteigerung. Die diesjährige Ernte wird infolge anhaltender schlechter Witterung ebenfalls einen geringen Ertrag abwerfen. Weitere Steigerung der schon hohen Preise ist als sicher anzunehmen. Alle anderen Feldfrüchte behaupten aus denselben Gründen im Preise eine Höhe, die es dem größten Theile der Bewohner oben genannter Orte unmöglich macht, sich solche zu erwerben. Sind die Witterungsverhältnisse in diesen Fällen als ausschlaggebend für die Preissteigerung zu betrachten, so dürfte solche in Bezug auf das Korn resp. das Brot nicht ganz zutreffend sein. Hierbei wirken noch die hohen Kornzölle mit. Die Preise für Korn haben eine Höhe erreicht, der derjenige in den Thierernährungsjahren 1849 und 1849 gleichkommt resp. solche noch übersteigt. Familien, welche die Noth in ihrer abschreckendsten Gestalt noch

nicht kennen, sind derselben verfallen. Die Mahlzeiten werden immer knapper und sind ihrer Zusammensetzung nach nicht im Stande, dem arbeitenden Theile unserer Bevölkerung die notwendigen Kräfte zur Arbeit zu geben. Es bedarf daher wohl weiter keines Kommentars, um den allgemeinen Nothstand als faktisch anzuerkennen. Wir erachten es daher für angezeigt, die Reichsregierung zu ersuchen, diesen vorhandenen Nothstand dadurch zu mildern, daß sie die Kornzölle beseitigt. Der bitterste Noth würde dadurch entgegengesetzt und der Dank Tausender von Familienvätern würde der Reichsregierung den Beweis liefern, mit welchen Gefühlen man die Kornzölle in allen Kreisen betrachtet hat und wie notwendig es war, diese fallen zu lassen.“

Eine interessante Preisfrage dürfte es abgeben, zu untersuchen, wann die Augen der Geheimräthe des Herrn von Caprivi die genügende Schärfe bekommen haben werden, um den mit Ausnahme der großen Landeigentümer von allen Seiten längst erkannten Nothstand gleichfalls zu erkennen.

**Brachwede.** Die Versammlung, in welcher Redakteur Groll über den Programmentwurf referirte und die durch den überwachenden Gendarmen Wilmz wiederholt durch Zwischenrufe gestört wurde, als der Genosse Schmidt aus Bielefeld über die Mißhandlung eines Verhafteten sprach, nahm einstimmig einen Antrag des Inhalts an, der Verein möge sich über den Gendarmen bei dessen vorgesetzter Behörde beschweren und dieser den Wunsch aussprechen, in Zukunft nur solche Beamte in amtlicher Eigenschaft in Versammlungen zu entsenden, welche die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen kennen und also wüßten, daß sie sich aller Versuche zu enthalten hätten, durch Zwischenrufe, wie: „ich verbitte mir solche Worte, die nur auf mich geschickt sind“, oder: „woher weiß der Redner, ob ich Kammbrötchen gegessen habe?“ — den Gang der Verhandlungen zu stören. —

Das fehlte allerdings auch noch, daß die Polizei die Versammlungen in solcher Weise ungekräftigt molestiren könnte.

**Mainz, 11. August.** Der erste Urtheilspruch in dem Matten-König von Prozeßen, welcher die Säbel-Maffäre der Dinstenants Reichdecker und Hüffer, verübt an dem Architekten Hehl, gezeitigt hat, ist heute vom hiesigen Schöffengerichte gefällig worden. Der Restaurateur Busch, Inhaber des Café Boder, ist wegen Hausfriedensbruch, begangen in der Wohnung des Gouverneurs von Mainz dadurch, daß er sich nicht schnell genug entfernte, zu 10 W. Geldbuße verurtheilt worden. Verleumdungslagen sind außerdem noch anhängig gegen die Redakteure der „Mainzer Volkszeitung“, des „Mainzer Kuriers“, der „Mainzer Nachrichten“ und gegen den Rechtsanwalt Juckmeyer, den Verteidiger des niedergefallenen Architekten Hehl. Man sieht, die Herren versuchen, den Sploß umzudrehen.

**Sächsische Landtagswahlen.** Eine Volksversammlung in Leipzig-Großschöcher proklamirte den Buchdruckereibesitzer Friedrich Thiels in Leipzig, eine solche in Dresden-Reiskewitz den Tischlermeister Ernst Schulze in Cossebaude als Kandidaten für den Landtag.

**Rürnberg, 11. August.** Wo die Freisinnigen weiden, bleibt für andere kein Grasheim stehen. Das ergiebt sich wieder aus dem von der hiesigen freisinnigen Gemeindevertretung resp. dem Magistrat mit dem Verleger des „Frank. Kuriers“ abgeschlossenen Vertrage betreffs Herausgabe des Amtsblattes, welcher in einer Sitzung des Kollegiums zur Sprache kam.

Die Expedition des in Nürnberg erscheinenden „General-Anzeiger und Korrespondent von und für Deutschland“ hatte sich nämlich an den Magistrat mit der Bitte gewandt, ihr die amtlichen Zusammenstellungen über den Verkehr auf dem Viehhoft zukommen zu lassen. Der Referent, Rathsdassor Wagner, beantragte, das Gesuch abzulehnen, da der Magistrat durch den mit dem Verleger des „Frankischen Kuriers“ abgeschlossenen Vertrage über das Amtsblatt sich verpflichtet habe, solche statistische Nachrichten lediglich der Redaktion des „Frankischen Kuriers“ zuzuwenden. Die betreffenden Bestimmungen des Vertrages bestätigten dem auch schwarz auf weiß, daß nur allein dem „Frankischen Kurier“, mit Ausschluß anderer Zeitungen, alle derartigen offiziellen Mittheilungen aus dem Rathhause gemacht werden dürfen. Der Vorsitzende, Bürgermeister v. Seiler, suchte den opponirenden Rathskollegen Wamer damit zu trösten, daß ja die anderen Blätter, wenn dem „Kurier“ die Mittheilungen gemacht worden sind, diese Nachrichten abdrucken dürfen, anßerdem bei der Erneuerung des Vertrages diese Bedingung abgeändert werden könne. „Daraus allein“, — bemerkt die „Frank. Tagespost“ hierzu u. A. — ist schon auf das Glanzteste bewiesen, wie weit die parteipolitische Herrschaft, deren Fäden alle im „Frank. Kurier“ zusammenlaufen, im Nürnberger Rathhause bereits gediehen ist. . . . Deshalb war auch die Submission auf Herausgabe des Amtsblattes eine engere und geheime, beschränkte sich auf nur einige „gutgesinnte“ Blätter. Bei einer öffentlichen und allgemeinen Submission hätte allerdings der deutschfreisinnige „Kurier“ sich nicht erlauben können, die Bedingung zu stellen, daß der Magistrat sich verpflichtet muß, alle offiziellen, offiziellen und statistischen Mittheilungen aus dem Rathhause der Redaktion des „Kuriers“ allein und ausschließlich zuerst mitzutheilen. Bei einer Öffentlichkeit der Verhandlungen über den beabsichtigten Vertrag wäre es allerdings unmöglich gewesen, daß solche demüthigenden, die Autorität der Behörde so schwer schädigenden Bedingungen in den Vertrag hineinpraktizirt worden wären.“

Das eine solche ungerechte Wirkschaft gerade den Freisinnigen nachgewiesen wird, welche sonst mit so großem Aufwande von Rathos über „bürgerliche Gleichheit“ bekamen, das giebt der an sich sehr ernsten Sache einen hochkomischen Charakter. Jedenfalls ist die Enthüllung wieder ein neuer Beweis für die Nichtigkeit der alten sozialdemokratischen Anschauung, daß keine, wie immer geartete Partei der alten Gesellschaft, die Freisinnigen ebenso wenig als die Konservativen, da, wo sie herrschen, selbst die einfachsten Grundzüge der Gerechtigkeit hochhalten befähigt sind; und wenn die Freisinnigen erst die Macht im Staate hätten, wäre die Vermengung von Privat- und allgemeinen Interessen zweifellos erst recht an der Tagesordnung.

**München, 10. August.** Eine über 1000 Köpfe starke sozialdemokratische Versammlung im Eldorado beschloß nach einstimmiger Dauer fast einstimmig die Absendung eines Delegirten für München zum Brüsseler internationalen Arbeiterkongresse. Reichstagsabgeordneter Viett und Schreiner Schmidt referirten über die politische und wirtschaftliche Bedeutung des Kongresses. Als Delegirter wurde mit großer Majorität Schreiner Eduard Schmidt gewählt. Vollmar, welcher in erster Linie vorgeschlagen war, lehnte unter Berufung auf seinen Gesundheitszustand ab.

**Genf.** Für die Belgier vlamischer Junge, welche nach einer Schätzung in Stärke von 60 000 im französischen Departement Nord wohnen, geben die hiesigen Genossen eine Zeitung heraus, welche den Titel trägt: „Het Werkersrecht“ (Das Arbeitersrecht).

## Briefkasten der Redaktion.

**W.-t. Pantow.** Der Vorfall ist doch zu unbedeutend, als daß wir ihn in die Öffentlichkeit bringen könnten.

**E. N., Weiskensfeld, Rülkestr.** Es giebt nur drei Ethnologen in Dresden. Die vierte ist im Bau begriffen. Es ist möglich, daß diese vielleicht später den Namen Entolabrücke führt, vorläufig aber noch nicht.

# Soziale Uebersicht.

**Gainfeld** (Niederösterreich). Vor Arbeitsantritt in der Feilenhauerei von Georg Fischer wird gewarnt. Das Personal derselben befindet sich in einer Lohnbewegung.

**Genf.** Ein Ausstand in der Garnspinnerei von Borremann in Aost endete damit, daß die Arbeitgeber den Spulern eine Lohnerhöhung von 25 pCt. bewilligten.

Aus London berichtet die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“: Die zwischen dem Maschinen- und Heizungspersonal an den Hochöfen der Firmen Bell Brothers, Vottom Bingham u. Comp., der Clay Iron Company und der Consett Iron Company (Yorkshire) ausgebrochenen Schwierigkeiten haben in der letzten Woche einen erstickten Charakter angenommen, da die Arbeiter sich weigern, eine Lohnerhöhung von 6 1/2 pCt. anzunehmen, die von den Hochöfen-Arbeitern an anderen Werken genehmigt wurde. Darauf erfolgte von Seiten der Werke Kündigung innerhalb 14 Tagen. Die Arbeiter haben diese Haltung angenommen, weil sie sagen, daß ihre Vereinigung in dieser Sache nicht gestraft worden sei. Die Arbeitgeber hätten wie immer Bestimmung über die Gesamtlöhne des ganzen Distrikts getroffen. — Einmalige Anruhen haben bei der Lancashire Firma Messrs. John Smith and Sons in Openshaw bei Manchester stattgefunden. Eine Anzahl Arbeiter der Dampfmotoren sind durch Forme aus Glasgow ersetzt worden, und gegen diese Maßregel wurde Protest erhoben. — In Süd-Wales sind die Streitigkeiten zwischen der Ferndale-Grube und deren Arbeitern, 15 000 Mann, durch friedliche Uebereinkunft beigelegt worden. In der Morva-Grube ist der Ausstand jetzt beendet, die Arbeit bereits wieder aufgenommen worden. — In Schottland mußten verschiedene Werke am Clyde ihre Arbeit einstellen, weil die Mietnarbeiter die Arbeit niedergelegt haben. Infolge dessen mußten auch andere Arbeiter entlassen werden. 900 Arbeiter stimmten in einer Meeting dem Verhalten ihrer Kameraden zu, nichtbestweuiger bestehen die Arbeitgeber auf einer Lohnerhöhung von 5 pCt.

**Australien.** Der Ausstand der Schaaffheerer in Neu-Süd-Wales ist beendet. Eine Zusammenkunft zwischen den Herdenbesitzern und den Scheerern hat nach einer Drehtagung der „Times“ aus Melbourne die Zwistigkeiten beigelegt.

**Zur Tariffbewegung der Buchdrucker.** Die Buchdrucker in Mainz verlangen 8stündige Arbeitszeit und 10prozentige Erhöhung des jetzigen Tarifs. Eine Erhöhung des Lohalschlages, welcher jetzt für Mainz 12 1/2 beträgt, wünscht man nicht. Die Münchener beanspruchen: Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden, Abschaffung des Berechnens, Erhöhung des Grundpreises um 10 pCt., Einfügung von Bestimmungen in den Tarif, wonach ein Maschinenmeister nicht mehr als zwei Maschinen bedienen, und die Arbeitszeit auch für Zeitungsetzer ebenfalls nur 8 1/2 Stunden pro Woche betragen darf, ferner Erhöhung des Lohalschlages von 15 auf 25 pCt. — Falls es hier und da der Brauch sein sollte, daß Arbeiterorganisationen ihre laufenden Drucksachen kontraktmäßig vergeben, wird es sich empfehlen, wenn schon jetzt bei etwaigen Ablauf solcher Kontrakte vor Abschluß neuer von den betr. Druckern die schriftliche Zusage mit rechtsgültiger Verpflichtung verlangt wird, daß sie die Gehaltsforderungen unter allen Umständen bewilligen werden, wie sie in einem mit oder ohne Zustimmung der Prinzipalsorganisation zu Stande kommenden Buchdruckerarif für ganz Deutschland zum Ausdruck kommen.

**Zolingen.** Die „Bergische Arbeiterstimme“ hat in Anbetracht der Verhältnisse und in billiger Rücksichtnahme auf die bevorstehende Bewegung der Buchdrucker die 8 1/2stündige Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung um 10 pCt. eingeführt.

**Erfurt.** Vor circa 14 Tagen reiste, wie die „Löhninger Zeidung“ berichtet, von hier sowohl als auch von Spandau ein großer Theil der entlassenen Gewehrarbeiter nach Frauenfeld (Schweiz), um in der dortigen Gewehrfabrik von Martin u. Komp. Beschäftigung zu finden. Letztere haben sie auch erhalten, aber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dort sind so wenig verlockend, daß mehrere Arbeiter ihre Stellen garnicht antraten, sondern ungeachtet der bedeutenden Reisekosten die Rückreise antraten. Die Firma sucht ebenso aus der gegenwärtigen Misere Vortheil zu ziehen, wie ein Großgrundbesitzer, der, mit welchem Erfolg ist uns unbekannt, einen Theil der entlassenen Arbeiter der Gewehrfabrik zu seinen Grunde-Arbeitern engagiren wollte. Es dürfte gerade in jetziger Zeit geboten sein, den auswärts Arbeitssuchenden dringend Vorsicht anzurathen.

Die Zuverlässigkeit der Gewerberäthe in ihren Berichten über die ihnen zur Aburtheilung unterstehenden sozialen

Verhältnisse scheint einer ganz schneidigen Kontrolle nicht zu bedürfen zu können. Die unrichtigen Angaben eines Gewerbeinspektors über die von Arbeitern errichtete deutsche Hutfabrik in Berlin sind noch in frischer Erinnerung und schon wieder gelangen Mittheilungen über unrichtige Berichte von Gewerberäthen zur öffentlichen Kenntniß. So soll eine unlängst in Weuthen-Oberschlesien abgehaltene Versammlung ober-schlesischer Kaufleute dem Gewerberath Trilling-Noppeln unter Anderem Unrichtigkeiten nachgewiesen haben, daß der Genannte seinem Berichte über 1890 Ausführungen aus der Zeitschrift des ober-schlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins vom Jahrgang 1888 (!) theilweise sogar wörtlich zu Grunde gelegt habe! Ferner wird dem Gewerberath Dr. Sprenger-Ragoburg von dem Hauptassessor des Gewerbevereins der Porzellan-, Glas- und verwandten Arbeiter unter Darlegung des Sachverhalts der Vorwürfe gemacht, derselbe habe den Verlauf einer Lohnstreitigkeit ganz unrichtig dargestellt. Die Frankf. Ztg. hält es für angezeigt, wenn der Vorgesetzte der Fabrikinspektoren, der Handelsminister, die Herren veranlaßt, sich über die ihnen gemachten Vorwürfe öffentlich auszusprechen, damit nicht die Inspektorenberichte und insolge dessen die Institution selbst beim Publikum an dem Vertrauen einbüßen, welches ihnen, soll der Zweck erreicht werden, so unentbehrlich sei.

Die Bergleute in Trisail (Steiermark), über deren neuerlichen Streik kürzlich berichtet wurde, stehen nach der österreichischen „Arbeiterzeitung“ offenbar außer Verbindung mit den übrigen Bergarbeitern Oesterreichs; sie lesen kein Fachblatt und fragen Niemanden um Rath. Eine Organisation haben sie ebenfalls nicht.

Die wiederholten Streiks dieser Bergleute scheinen deshalb für das Vorhandensein besonders ungünstiger Arbeitsbedingungen zu sprechen.

**Hörde, 7. August.** Im Dortmund Revier haben gestern und vorgestern vier Bechen — Dorfsied, Karlsgründ, Kaiser Friedrich und Luise Tiefbau — nicht arbeiten lassen. Den Bergleuten wird vorgeredet, daß geschehe aus Mangel an Absatz. Thatsächlich geschieht dies aber, um höhere Kohlenpreise zu erzielen.

## Theater.

Donnerstag, den 18. August.  
**Leistung-Theater.** Soboms Ende.  
**Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.** Pariser Leben.  
**Gellealliance-Theater.** Jung-Deutschland zur See.  
**Östend-Theater.** Berlin unter Wasser.  
**Adolph Ernst-Theater.** Unsere Don Juans.  
**Thomas-Theater.** Im siebenten Himmel.  
**Saunmann's Varietés.** Große Spezialitäten-Vorstellung.

**Etabliement Buggenhagen am Moritzplatz.**  
Täglich:  
**Unterhaltungs-Musik.**  
Direktion A. Ködman.  
Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.  
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.  
Spezial-Auswahl von Pagenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.  
641 F. Müller.

**Passage-Panopticum und Spezialitäten-Theater.**  
Direktion A. Ködman.  
Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.  
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.  
Spezial-Auswahl von Pagenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.  
641 F. Müller.



**Passage-Panopticum und Spezialitäten-Theater.**  
Direktion A. Ködman.  
Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.  
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.  
Spezial-Auswahl von Pagenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.  
641 F. Müller.

**Castan's Panopticum.**  
Jetzt: Friedrichstr. 165, Ecke Behrenstrasse.  
Neu:  
**Hamilton-Theater**  
Original! Ueberraschend!  
Öffnung v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.  
Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

**Moabiters Gesellschaftshaus**  
Alt-Moabit 80-81.  
Artistische Leitung Wilhelm Fröbel.  
Täglich Gr. Konzert.  
**Spezialitäten-Vorstellung.**  
Großer Erfolg  
des neu engagierten sensationellen **Künstler-Personals.**  
Koloßaler Jubel  
der urkomischen Pantomime **Barbier und Schuster.**  
Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochentags 5 Uhr. Entree 50 Pf. Reserörter Platz 50 Pf. — Kaffeetische ist geöffnet. Volksbelustigungen aller Art.  
Sonntag, Montag, Mittwoch Ball.  
Dienstag, den 18. August:  
**Carola-Benefiz.**  
Dr. Vereinszimmer ist für Gesangsvereine, Rauchclubs oder Zahlstelle der Genossen zu vergeben. 9906  
C. Hollmann, Langenbeckstr. 4.

**Jede Uhr** 1038L  
zu repariren und zu reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutgehens nur 1 M. 50 Pf. (außer Bruch), keine Reparaturen billiger. Lager aller Arten neuer und gebrauchter Uhren. Verkauf zu erstaunlich billigen Preisen. 42L  
**E. Rothert & Stolz,** Uhrmacher, Andreasstr. 62, Chausseest. 78, 3. Geschäft: Chausseest. 34.

**Dr. Hoersch,** homöopath. Arzt  
Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

## Achtung! Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen.

Sonnabend, 15. August, in Sanssouci, Kottbusserstr. 4a:  
**2. Stiftungsfest**  
des Männer-Gesangvereins „Senefelder.“  
(Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes.) — Dirigent: Herr Flöter.  
**Grosses Vokal- u. Instrumental-Konzert.**  
Auftreten von Spezialitäten.  
Aufführung des Stückes „Bismarckspende.“ Aufführung lebender Bilder.  
**Sommernachts-Ball.**  
Billets à 30 Pf. sind zu haben bei Funke, N. Schwedterstraße 296, 2 Tr.; Duast, O. Pallasadenstraße 98, 2 Tr.; Gent, S. Kottbusser Damm 6, Hof 3 Tr. Anfang des Konzerts 6 Uhr. Um zahlreichen Besuch bittet. Das Comité.

**Verein der Parquetbodenleger Berlins.**  
Sonnabend, den 15. August, in Keller's Hofjäger, Hasenhaide:  
**8. Stiftungsfest.**  
**Grosses Garten-Konzert.**  
Aufführt von Mitgliedern der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmuster unter Leitung des Dirigenten Herrn Hugo Karbe, sowie unter Mitwirkung des Gesangvereins „Fremberger Harmonie“, unter Leitung des Dirigenten Herrn Dillenberger.  
**Im Saale: Grosser Ball.**  
Anfang 4 Uhr.  
Billets à 30 Pf. sind vorher zu haben bei Schubert, Hollmannstr. 14; Zubeil, Raunynstr. 86; Schreyer, Reinickendorferstr. 21 und bei den Mitgliedern. Freunde und Genossen sehr willkommen. Der Vorstand.

**Zahrverein der Bürsten- u. Pinselmacher Berlins u. Umgegend.**  
**Versammlung**  
am Sonntag, 16. August, Vorm. 10 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Disposition. 3. Vierteljahresbericht des Kassiers. 4. Statistische Bekanntmachung unserer gewerblichen Verhältnisse. 5. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder. — Um pünktliches Erscheinen bittet.  
Der Vorstand.

**Fachverein der Holz- und Bretterträger.**  
**General-Versammlung**  
Sonntag, den 16. August, Vormittags 10 1/2 Uhr, Oranienstr. 180.  
Tages-Ordnung:  
1. Geschäftliches. 2. Neuwahl des Gesamt-Vorstandes. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes.  
Der Vorstand.

**Günstigste Gelegenheit**  
**zurückgesetzte Teppiche**  
in allen Grössen, fabelhaft billig. 281M  
**Möbelstoffe, Portièren, Läuferstoffe, Tischdecken, Gardinen, Stores, Chaiselongue-, Reise- und Steppdecken,**  
**ganz erheblich billiger wie überall.**  
**J. Adler Söhne,** Teppich-Fabrik-Lager,  
Nr. 30, Spandauer-Strasse Nr. 30, gegenüber dem Rathhause.

**Postfachschule** des Königl. Preussischen Unterrichts a. D., Alto Jakobstr. 102. Gewissenhafter Rath, Hilfe in allen Angelegenh. Audemittelien unentgeltlich. Sonntags bis 4 Uhr. 845b  
**Kinderwagen.** Größtes Lager Berlins. Andreasstr. 23, D. v.

**Rechts-Bureau** des Königl. Preussischen Unterrichts a. D., Alto Jakobstr. 102. Gewissenhafter Rath, Hilfe in allen Angelegenh. Audemittelien unentgeltlich. Sonntags bis 4 Uhr. 845b  
**Kinderwagen.** Größtes Lager Berlins. Andreasstr. 23, D. v.

## Achtung!

Für **Maler u. verw. Berufsgenossen**  
von Weissensee u. Umg.  
Sonntag, den 16. August 1891,  
Nachmittags 2 Uhr,  
im Saale des Herrn Zerkbeil  
(Königs-Chaussee):  
**Versammlung.**  
Zweck der Versammlung wird in derselben bekannt gegeben.  
Referent: Wilh. Schweitzer.  
Der Wichtigkeit wegen ersucht um zahlreiches Erscheinen.  
216/11 Der Einberufer

**Zur Lassalle-Feier.**  
empfehlen den Genossen, Corporationen, Vereinen, Saal-Decorationen, Colossalbüsten Lassalle's (63 cm) 8 Mark, Bilder zu Verkloofungen, Stocklaternen mit dem Bildnisse Lassalle's etc.  
Lager von Bildnissen hervorragender Parteigenossen, sowie allen Bildern sozialdemokratischer Genres.  
Spezialität: Sozialdemokratische Singsprüche in sauberster Ausführung (eigenes Fabrikat).  
**Fröhlich & Richter,**  
1122L Grüner Weg 65.

**Robtabal A. Goldschmidt,**  
Spandauerbrücke 6,  
am hiesigen Plage bekanntlich  
Größte Auswahl. Garantiert  
sicher brennende Cakabe.  
Strenge reelle Bedienung. billige  
Preise! Sämmtliche im Handel  
besindl. Robtabale sind am Lager.  
A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6,  
am Hadeschen Markt. [746]



Die in der ganzen Welt rühmlichst bekannte „Helm-Putz-Pomade“ ist nur unser Erzeugnis. Dosen mit anderen Helmen und nicht mit unserer Firma weisse man als werthlose Nachahmungen zurück.  
**Rob-Tabak** sämmtlicher Sorten.  
Größte Auswahl, billigste Preise.  
G. Elkhnyssen, Alte Schönhauserstr. 5.  
Eine gangbare Schlosserei ist wegen Verzug nach Aussenhalb sof. od. später zu verkaufen. Offerten Postamt 26 unter B. M. 50. [274 M]

**Möbel, Spiegel und Polsterwaren.**  
eigener Gr. Lager, bill. Preise  
**Fabrik. Emil Heyn,**  
Brunnenstraße 28, Hof parterre.  
Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Unserem Genossen „Ernst Bethke“ zu seinem 40. Geburtstag ein donnerndes Begehnd, daß ganz Potsdam modelt.  
997b Ein kleiner Kothor O. J.  
Zimmer für Vereine und Zahlstellen sind abzugeben bei F. Schmuck, Kottbusser Damm 83. 801b

**Frischbier-Verkauf** in der Weißbierbrauerei Nirdorf, Prinz Handjerystr. 69/71.  
Kinderwagen, 834b  
größtes Lager, billigste Preise, von 7 an, Oranienstraße 8 im Nord-Beschlag.  
Hofen, Anabenanzüge, Arbeitskleider.  
**Wilh. Fahr,** Elisabethstr. 16.

**Ufandleihe** G. Meyer, Etaliergasse Nr. 25. Pro Mt. u. Monat 2 Pf. Verkauf Uhren, Kleidungsstücke billig. (601b)  
**Gätereiniederlage** Umstände halber billig z. verk. Brunnensstr. 83E. 970b  
**Freie Aussicht** 4 Wohn. v. 2-3 Stock mit u. ohne Bad, Ballon, Erker, etc. verm. Friedenstr. 55, Eckhaus.  
Schlafstelle bei Ww. Dautenschlag, Dresdenstr. 130.

Schlafstelle, sep. Eing., Pr. 7,50, bei Nielebo, Diefenstr. 11, S. II. (971b)  
**Jede Uhr** unter Garantie kostet bei uns (außer Bruch) **1,50 Mk.**  
Kleine Reparaturen entsprechend billig.  
**Uhren, Gold- u. Silberwaaren**  
**C. Wunsch,** Raunynstr. 38, u. d. Oranienplatz.

**E. Strauss, Schneidermstr.,**  
Blumenstr. 46, part., [1020b]  
empfiehlt sich zur Anfert. eleg. Herren-Garderoben. Für guten Sitz u. saubere Arbeit wird garantiert. Lager v. Stoffen in grosser, geschmackvoller Auswahl. Koulante Zahlungsbedingungen!

**Arbeitsmarkt.**  
**Bieger und Schleifer** verlangen  
Brioso & Co., Landwehrstr. 11. [1008b]  
Ein **Rasthalarbeiter,** eine gebildete Schreierin und eine Reparatrice sind Beschäftigung.  
Joachim, Neus Friedrichstr. 3.

**Arbeitsnachweis.**  
Der Arbeitsnachweis für männliche Personen befindet sich:  
Stadtbahnhofen No. 103/104 am Alexanderplatz gegenüber dem Kgl. Polizeipräsidium. Fernsprech - Anschluß Amt V. 1263.  
Der Arbeitsnachweis für weibliche Personen befindet sich:  
Klosterstrasse No. 97 an der Kaiser-Wilhelmstrasse. Fernsprech-Anschluß Amt V. 3235.

Die Bureaus sind geöffnet von 7 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends. Während dieser Zeit können sich die arbeitssuchenden Personen in den arbeitsnachweis anstehenden Sälen so lange aufhalten, bis ihnen Arbeit nachgewiesen ist. Die Gebühr beträgt 20 Pf. Die Herren Arbeitgeber werden um Meldung der offenen Stellen dringend gebeten.  
Der Vorstand  
des Zentralvereins f. Arbeitsnachweis  
Dr. Freund, Magistratssekretär.  
Dierzu eine Beilage.

Die neueste Mächtegeru-Enquete.

Wie bereits kurz gemeldet wurde (Nr. 181, Beilage), soll es höheren Orts zur Sprache gebracht worden sein, daß das Personal der Pferdebahn, Omnibus- und Päckefabri-Gesellschaften vielfach mit Arbeiten überbürdet werde und namentlich auch im Betriebe dieser Gesellschaften bzw. Unternehmer häufig den Angestellten nicht nur zu wenig Ruhetage gewährt würden, sondern daß auch die Dauer der täglichen Arbeitszeit über 8 und die Mittagszeit zu kurz bemessen sei. Infolge dessen, heißt es dann weiter, seien die zuständigen Behörden bzw. Polizeiverwaltungen, Amtsvorstände u. s. w. veranlaßt worden, hierüber genaue Ermittlungen anzustellen, und zu diesem Zwecke von den Verwaltungen bzw. von den Unternehmern genaue Dienstpläne einzuziehen, aus welchen sich täglich zu leistende Dienstmäß der Fahrbeamten, getrennt nach Sonn- und Wochentagen, zu ersehen ist. Hierbei sollen besonders angegeben werden: die Abfahrts- und Ankunftszeiten bei den von dem Fahrpersonal zu leistenden Touren, sowie die Zeit, während welcher Wagenführer, Kutscher u. vor Beginn der Fahrt zur Stelle sein müssen und nach Beendigung der letzten Fahrt noch dienstlich beschäftigt sind und zwar für jede einzelne Kategorie des Wagenpersonals.

Die Zustände in den Verkehrsgewerben haben nach dieser halbzufälligen Notiz, welche mit der Absicht angefertigt wurde, die sozialpolitische Leistungsfähigkeit des heutigen Regimes urbi Berlin und orbi Deutschland in rühmende Erinnerung zu bringen, endlich auch in den dirigierenden Kreisen Aufmerksamkeit erregt. Wir anderen Sterblichen haben über die betriebl. Verhältnisse in diesen Betrieben uns schon lange keine Illusionen gemacht, die Arbeiterpresse hat seit Jahren darauf hingewiesen, und vor einiger Zeit ist im Reichstage durch einen sozialdemokratischen Abgeordneten die äußerst mißliche Lage der Berliner Omnibusbediensteten bereits geschildert worden. Die Klagen, welche die österreichischen, die englischen und französischen Verkehrsbeamten für eine Verbesserung ihrer Lage geführt haben, die Zustände in Wien, Paris, Marseille u. s. w., sind überall mit dem lebhaftesten Interesse und der größten Sympathie verfolgt worden. Allgemein ist durch die zahlreichen bürokratischen-höfischen Schichten die Nachricht von all diesen Uebeln auch bis zur „höheren Stelle“ durchgedrungen, nachdem sie vielverschlungenere Kanäle passiert hat, gefehlt, destilliert und zugerichtet worden ist, und der deutsche Philister mag beruhigt aufatmen: Habemus papam, wir haben nun eine verkehrsgewerbliche Erhebung.

Zunächst, wir haben eine, d. h. wir sollen sie erst bekommen, aber dieser, das „Amt“ wird sie erhalten, und sagen wir es logischer, sie wird auch danach sein. Unsere Bureaucratie ist leistungsfähig, sobald es sich darum handelt, die einfachsten leitenden Grundsätze sich zu Nütze zu machen, welche Wissenschaft und Erfahrung für das Verfahren bei sozialen Enqueten vorschreiben. Stand einmal das Unternehmer-Interesse in Frage, geht es z. B. den kleinen Klängen der Eisenbarone durch Schutzhülle zu bereichern und ihnen die Preistreiber mit Grazie ad infinitum durch Abperrung der Grenzen zu sichern, so bequemen sich zum „Bureaulisten“, über die schon Freiherr von Stein so kräftig sich entäußert, zu halbwegs brauchbaren Methoden der Erhebung. Die Arbeiterzustände sachlich zu erforschen, das ist bis jetzt über dem Horizont der amtlichen Statistik, des amtlichen Könnens geblieben. Hier schießt das Klasseninteresse zu heftig mit dem Gewissen der unumschließlichen Ermittlung zusammen, als daß unsere Sozialmarkten, d. h. vergrößerten und feindlich gesonnenen Sozialstände nicht von des Anglistendankens Blasse angegriffen werden. Die kriechende Lust der modernen Arbeiterbewegung wirkt wie ein Gift, erstickende Lust auf die rheumatischen Seelen unserer Bureaucratie, und die Gleichgültigkeit der Sozialreform von dem tritt sofort zu Tage, wenn es heißt, mit der Hand in ein Wespennest zu fassen. Der Mißerfolg der preussischen Arbeiter-Enquete vom Jahre 1889, die ein typisches Beispiel verfehlter und ungeschickter Erhebungsweise ist, was so erklärt, daß sogar die letzten Offiziösen kleinlaut wurden. Doch seien wir gerecht! Eine kleine Enquete, die zwar methodisch keineswegs genügt und inhaltlich lückenhaft genug war, hat zur Erkenntnis von Arbeiterzuständen nützliche Beiträge geliefert. Die Enquete über die Lage der in der Wälschfabrikation und Konfektionsbranche beschäftigten Arbeiterinnen. Der Reichstagsbeschluss vom 14. Mai 1888, welcher diese Erhebung veranlaßt, behält seine bestimmte demagogisch-antisemitische Spitze, was freilich nicht hindert, anzuerkennen, daß sein Ergebnis sozialpolitisch ein verhältnismäßig befriedigendes gewesen ist. Sonst aber hat das Reich, hat Preußen nichts geleistet, was auch nur den Namen einer sozialen Enquete verdient.

Das bewundernswürdige Beispiel, das vor allem das „versteckte“ mit seinen musterhaften Enqueten über soziale Angelegenheiten gegeben hat, es blieb unbeachtet. Die herrschenden Klassen Deutschlands lernen nichts aus der Wirtschaftsgeschichte, die ihnen ein Buch mit sieben Siegeln ist. Das Nordamerika, was Belgien, was Holland auf diesem Gebiete geschaffen haben, ist für jene eitel Dunst geblieben, und so erklärt es sich, daß die Elemente der für eine brauchbare Enquete notwendigen Arbeitsweise in die deutsche Staatsweisheit bis heute noch nicht eingedrungen sind. Die christlich-germanische Urkraft bedarf nicht solch elender Krücken, wie die schwächliche Wühlbegehrte „milder“ Staaten. Schulmann und Gendarm, Polizeibeamter und Amtsvorsteher sind die Werkzeuge deutscher Sozialpolitik.

Das sogar das deutsche Professorenthum gegen diese verlorene Materie sich gewendet und auf die richtigen Wege hingewiesen hat, ist männiglich bekannt. Professor von Schönbeger in Tübingen sagt in seinem Handbuche der politischen Ökonomie, welches Bibel und Bibel anderer Verwaltungsbeamten: Soll bei den Enqueten eine Garantie für die Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit der tatsächlichen Erhebungen gegeben werden, so müssen dieselben nach der bewährten Art der englischen Enqueten seit den 30er Jahren vorgenommen werden, nicht durch die lokalen Verwaltungsbeamten, sondern durch eine, ad hoc (zu diesem bestimmten Zwecke) von Regierung und Parlament eingesetzte Kommission sachkundiger, unparteiischer Personen, welche, unterstützt von den Organen der lokalen Verwaltungen, sich an Ort und Stelle von den tatsächlichen Zuständen überzeugen, durch sachliche Vernehmung von Personen im kontradiktorischen Verfahren (sog. Kreuzverhör) die Thatsachen eruiert und das von ihr beschaffte Material verarbeitet.“ Und Gustav Cohn, der Strebsamste einer unter den preussisch-deutschen Strebsamen, schrieb 1877: „Soll ich aus den englischen Vorgängen eine Nutzenwendung für Deutschland machen, so möchte ich sagen, man soll den lokalen Behörden nicht zu viel überlassen, ... man soll wo möglich durch eine Zentral-Kommission, welche nach gehöriger Vorbereitung von Ort zu Ort reist, die Untersuchung vornehmen.“ Daß beide Parteien, Unternehmer wie Arbeiter, Interessenten und Gegeninteressenten mit gleicher Unbefangenheit, in derselben Weise, mit gleichen Rechten und Pflichten zu vernehmen sind, daß man Jeden reden lassen muß, der sich dazu getrieben fühlt, daß unabhängige Dritte einzunehmen sind, daß das Kreuzverhör den Leitfaden der Erhebung zu bilden und in die innersten Tiefen der Frage einzubringen hat, rücksichtslos, undarmherzig,

mit Hilfe der Schwurpflicht, dies sind Binsenwahrheiten, gang und gebe für jeden Fachmann, einleuchtend für jeden Unbefangenen.

Der polare Gegensatz der neuesten „Enquete“ zu dieser einfachen Form der wahrhaft sozialen Ermittlung tritt klipp und klar hervor. Keine Bedingung, welche zu erfüllen ist, erfüllt, das ganze Unternehmen von Hause aus verfehlt, eine Todtgeburt. Die lokalen Verwaltungsbeamten als Organe, die Gesellschaften oder Einzelunternehmer als Gewährsmänner. Welch ein Gefäß und welche Quelle für sozialpolitisch verwertbare, sachliche Thatsachen! Keine Kommission, kein Zeugniszwang, kein öffentliches Verfahren, keine stenographisch festgelegten Vernehmungen, keine Protokolle, die Aller Augen offen liegen, kein Wort davon, daß die Hauptbeteiligten, um deren Wohl und Wehe es sich handelt, daß die Arbeiter, Kutscher, Konduktoren u. s. w. befragt werden und Gelegenheit haben würden, sich ohne Scheu, ohne Furcht vor Mahnung, frei von der Leber weg zu äußern. Heißt das für den „sozialen Frieden“ wirken, heißt das die Klassengegensätze mildern, wenn die Einseitigkeit der leitenden Grundfah, die Parteilichkeit das Werkzeug, die vorurteilvolle Berichterstattung das Ergebnis sein wird!

Das Unternehmertum, schamlos in seiner Ausbeutung der in Deutschland noch gar nicht organisierten verkehrsgewerblichen Arbeiter, profitföchtig und rücksichtslos bis zum Neuhersien, das kostbare Pferde- und Fahrzeugmaterial sorgsam schonend, das spottbillige Menschenmaterial ohne Scheu verwüthend, welche klassische Züge über die Zustände im Verkehrsgewerbe! Man wird staunen über die Vortrefflichkeit dieser „Dienstpläne“, und man wird finden, daß die weißen Sklaven des Verkehrs gar nicht so übel daran sind.

Eine Enquete hinter den Kulissen, eine Enquete, die Potentialische Dörfer sehen wird. Fürchtet man etwa, die Vergnügen der Pferdebahn- und Omnibus-Dividenden und ihre feile Presse könnten dem Staate ein Paroli bieten und in dem Brustlein stützlicher Entrüstung eine Enquete fordern über die Lage der Staatsbahn-Bediensteten!

Lokales!

Die geborenen Berliner innerhalb der Berliner Bevölkerung bilden, wie bekannt und erklärlich ist, nur einen Bruchtheil der letzteren. Ueber den Anteil dieser geborenen Berliner an der Berliner Bevölkerung hat Dr. G. Hirschberg eine ausführliche statistische Skizze in der „Voss. Ztg.“ veröffentlicht. Aus dem dort ziffernmäßig dargestellten Material sind folgende Thatsachen zu entnehmen:

Daß das starke Anwachsen der Berliner Bevölkerung wesentlich durch den Zufluss von außerhalb herbeigeführt wird, ist bekannt, und das Maß, in welchem die Bevölkerung sich durch Zug und vermehrt, übersteigt erheblich die Zunahme der Bevölkerung durch Geburten.

Das Resultat dieser Verhältnisse hinsichtlich der Gebürtigkeit spiegelt sich in den Ergebnissen der Volkszählungen wieder, welche für den 1. Dezember 1885 ermittelt sind, und diese im Vergleiche mit anderen Großstädten ergeben, daß von je 1000 männlichen Personen am Orte geboren waren: in Berlin 420, in Wien 386, in London 639, in Paris 313, in Rom 305, in Petersburg 236, wobei zu bemerken ist, daß die Feststellungen für die fünf letzterwähnten Städte allerdings einige Jahre früher stattgefunden haben. In Bezug auf die weibliche Bevölkerung liegen die Zahlenverhältnisse in Berlin, Wien, London und Paris wie bei der männlichen Bevölkerung dieser Städte; nur in Rom und Petersburg zeigt sich ein auffälliges Ueberwiegen der weiblichen Eingeborenen, das hier indes nicht näher interessiert.

Die Zahl der Ortsgebürtigen ist hiernach in Berlin im Vergleich mit anderen Hauptstädten — von London abgesehen — noch nicht klein zu nennen. Von den im statistischen Jahrbuch deutscher Städte angeführten 19 Städten mit über 100 000 Einwohnern (ohne Stuttgart und Chemnitz, wo diese Angaben nicht vorliegen) war der Anteil der Ortsgebürtigen am 1. Dezember 1885 mit 348 vom Tausend der Bevölkerung in Frankfurt a. M. am geringsten, ferner mit 356 in Leipzig und 375 in München, dagegen am größten mit 618 in Bamern, 583 in Elberfeld und 565 in Bremen, gegenüber 424 im Durchschnitt in Berlin.

Die Vergleichung der Altersklassen der Ortsgebürtigen von Berlin ergibt, daß zwar in dem jugendlichen Alter bis zu 15 Jahren beim männlichen Geschlecht 834, beim weiblichen 837 vom 1000 in diesem Alter gezählten Personen geborene Berliner waren, und daß auch in dem folgenden Jahresalter 15 bis 20 Jahre diese Antheile noch 505 bzw. 488 betragen, daß aber dann von den erwachsenen Personen (über 20 Jahre) nur etwa der vierte bis fünfte Theil (213 bzw. 270 pro Mille) in Berlin geboren war.

Dieser Umstand ist für Berlin höchst bezeichnend und sollte besonders von denen nicht außer Acht gelassen werden, welche gelegentlich den Berliner Volkscharakter, den Berliner Witz oder andere Eigentümlichkeiten des Berliner schildern wollen. Da der geborene Berliner in gewissem Maße anfängt, unter den Erwachsenen seltener zu werden, wird man bei solchen Schilderungen darauf achten müssen, ob man auch wirklich Berliner vor sich hat.

Was nun den Zufluss von außerhalb nach Berlin betrifft, so ergibt die Statistik, daß die Zugezogenen meistens „nicht von weit her“ sind.

Der Herkunftsort der Zugezogenen wird allerdings bei den statistischen Aufnahmen nicht festgesetzt, sondern nur der Geburtsort und dieser giebt den Anhalt zu folgenden Feststellungen:

Von den am 1. Dezember 1885 innerhalb der Gesamtbevölkerung von 1 315 287 gezählten 759 061 Zugezogenen war etwa der dritte Theil, nämlich 251 646 in der Provinz Brandenburg geboren, worunter 40 040 in der nächsten Nähe Berlins, den Kreisen Teltow, Niederbarnim und Charlottenburg. Von den preussischen Provinzen wiesen die östlichen, Schlessen (99 789), Pommern (86 507) und Pommern (81 663) das größte Kontingent auf, von den Einzelstaaten Sachsen und Westfalen. Ausländer waren nur 17 516 in Berlin, worunter die meisten aus Oesterreich-Ungarn (6416) und Rußland (4163).

Um die Charakter-Entwicklung des Berliner richtig zu beurtheilen, darf man nun aber nicht außer Acht lassen, daß die Wechselwirkung der eingeborenen und zugezogenen Bevölkerung, welche sich ununterbrochen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben geltend macht, das eigentlich charakteristische ist, und nicht der eine Theil der Bevölkerung oder der andere. Nicht nur der geborene Berliner dürfte in seinem Charakter den Einwirkungen des Fremden unterliegen, sondern dieser selbst assimiliert sich mit den Jahren dem Charakter der vorgefundenen Bevölkerung. Insofern sind die Daten interessant, welche die Berliner Statistik über die Dauer des Aufenthalts der Zugezogenen ermittelt hat.

Man findet hier, daß von den erwachsenen Zugezogenen beim männlichen Geschlecht mehr als der dritte Theil, beim weiblichen Geschlecht etwas weniger erst seit 5 Jahren in Berlin war. Länger als 10 Jahre in Berlin waren von 1000 männlichen Zu-

gezogenen im Alter von über 20 Jahren 487, von 1000 weiblichen 520.

Dem Verufe nach sind die 1885 gezählten geborenen Berliner beim männlichen Geschlecht und in den wichtigeren Berufsarten den Zugezogenen gegenüber nicht gar zu ungleichmäßig vertreten. Beim weiblichen Geschlecht interessiert vor Allem die Berufsgruppe der Diensthöten, von welchen unter 68 326 bei der Zählung ermittelten nur 5164 oder 8 pCt. Berlinerinnen waren, gegenüber einem Durchschnitt von 36 pCt. im Gewerbe. Während ferner von den zugezogenen Gewerbetreibenden weiblichen Geschlechts 70 pCt seit länger als fünf Jahren in Berlin waren, belief sich diese Ziffer bei den Dienstmädchen nur auf 31 pCt. Diese Erscheinungen sind sehr erklärlich, da die meisten weiblichen Diensthöten durch ihre Verheirathung in Berlin aus ihrer Diensthötenstellung ausscheiden, was bei den Gewerbetreibenden nicht so oft der Fall ist.

In der Berliner Garnison sind nur etwa 5 pCt. der Kopfzahl geborene Berliner.

Nachdem die Gemeindebehörden die Verbreiterung der Gertrudienstraße, der Straße „Am Spittelmarkt“ und der Breitenstraße beschlossen haben, liegt der die projektirten Baufluchtlinien darstellende Plan seit dem 30. Juli für die Dauer von vier Wochen in der städtischen Planlammer, Rathhaus, Zimmer 98, zu Jedermanns Einsicht offen. Etwaige Einwendungen gegen den Plan sind innerhalb der gedachten Frist bei der städtischen Bau-Deputation, Abtheilung 2, anzubringen. — Auch die die projektirten Baufluchtlinien darstellenden Pläne für eine mit der Kogbachstraße parallel laufende, die Kolonnenstraße mit der Straße C (Monumentenstraße) verbindende neue Straße 6h, Abtheilung 3, des Bebauungsplanes liegen, nachdem die ortspolitische Zustimmung zu der von der Stadtgemeinde beschlossenen Festlegung der erwähnten Baufluchtlinie erteilt worden ist, seit dem 30. Juli 1891 auf vier Wochen hindurch in der städtischen Planlammer zu Jedermanns Einsicht offen und müssen auch Einwendungen gegen diese Pläne innerhalb dieser präklusivischen Frist bei oben genannter Behörde eingebracht werden.

In der städtischen Waisenspflege Berlins befanden sich am 1. Juli 4582 Kinder (2397 Knaben, 2185 Mädchen). Zur Zwangsverziehung sind bis zum 1. Juli der Waisensverwaltung überwiesen worden 795 Kinder (642 Knaben, 153 Mädchen), ausgeschieden sind 406 Kinder (320 Knaben, 86 Mädchen), so daß am 1. Juli 1891 noch in Zwangsverziehung waren 389 Kinder (322 Knaben, 67 Mädchen). Von den 389 Kindern waren entlassen 28 (25 Knaben, 3 Mädchen), im Gefängniß 4 Mädchen, im Krankenhaus 3 Mädchen.

Die Hasenhaide, dieser weltbekannte ehemalige Vergnügungsort der adeligen Berliner, wird immer militärischer. In der eigentlichen Haide giebt es bald keinen Pfad mehr, den ein Zivilist ungekraft betreten könnte. Als am verflorenen Sonnabend zwei in Nixdorf ansässige Mechaniker, welche eine Exkursionsstour nach der Hasenhaide gemacht hatten, auf dem Rückwege den Weg am türkischen Kirchhofe vorbei passirten, welcher als ein öffentlicher zu erachten ist, indem nichts vorhanden ist, was ihn als „verbotener Weg“ bezeichnet, fanden sie denselben von Militär besetzt. Ein Sergeant fragte die Spaziergänger alsbald im Unteroffiziers-Tone, wo sie hin wollen. Als ihm darauf die Antwort wurde, daß er darnach nichts zu fragen habe, erfolgte der Befehl des Herrn Majors: „Arretiren Sie die Leute!“ Dieser Befehl wurde sofort vollzogen und nun ging der Gefangenen-Transport in der bekannten Weise, drei Mann mit aufgespanntem Seitengewehr, Schuppenketten herunter, die „Arrestanten“ in der Mitte, begleitet von einer großen Schaar Reugieriger und Spottlustiger, vor sich über das Tempelhofer Feld, die Friesenstraße durch bis zur Bergamusterstraße und von da bis zum Polizeirevier in der Birnwalderstraße: der Einsicht des hier amtierenden Polizeiwachmeisters hatten es die zivilen Staatsbürger zu danken, daß sie nicht behufs Feststellung ihrer Personalien noch nach Nixdorf, da sie dort ansäßig, transportirt wurden. So schenkte man ihren Angaben Glauben und sie wurden daraufhin entlassen. — Da der Name Hasenhaide doch nur einmal verschwinden soll, so würde die passendste Bezeichnung sein: Militärhaide.

Die Bureaubeamten der Rechtsanwältel und Notare entbehren zum Theil immer noch einer ausreichenden Sonntagsruhe, da die Bureaus vielfach auch am Sonntag Vormittag offen gehalten werden. Gerade in diesem Verufe ließe sich die vollständige Beseitigung der Sonntagsarbeit ohne jede Schwierigkeit durchführen. Thatsächlich wird in den Bureaus am Sonntag überhaupt nicht „gearbeitet“, sondern das Personal sitzt den ganzen Vormittag herum und wartet gelangweilt, oder nicht vielleicht ein Mandant noch irgend eine „schleunige Sache“ bringt. Die Frage der Sonntagsruhe soll auf dem vierten Verbandstag des „Verband deutscher Bureaubeamten zu Leipzig“, welcher vom 15.—17. August in Berlin abgehalten wird, behandelt werden. Viel wird aber wohl nicht dabei herauskommen. Eine wirksame Vertretung ihrer Rechte könnten sich die Bureaubeamten nur dann schaffen, wenn sie sich von jeder Harmonieuserei freihalten und sich offen auf den Boden der modernen Arbeiterbewegung stellen wollten. Bis jetzt ist noch überall, wo irgend der Grund, mit den Arbeitgebern „Hand in Hand zu gehen“, befolgt wurde, das Ergebnis das gewesen, daß nicht die Arbeitgeber mit vorwärtigerissen, sondern die Arbeitnehmer zurückgehalten wurden. Davon wissen z. B. die Kaufleute ein Lied zu singen. Den Bureaubeamten ist aber noch viel weniger als dem unausgeklärten Theil der jungen Kaufleute der Dunkel auszuwachen, daß sie „über dem Arbeiter stehen“, obwohl sie sich thatsächlich häufig noch einer viel geringeren Achtung seitens ihrer Arbeitgeber erfreuen als die jungen Kaufleute.

Der Aberglaube vom Ruhen und der Heilkraft der Symptommittel ist nirgends so stark verbreitet, als in Berlin, so wird von geschätzter ärztlicher Seite geschrieben, und nirgends wo, selbst nicht auf dem flachen Lande, wird so viel Unfug mit Sympathieturen getrieben, als in der Hauptstadt des Deutschen Reiches. Hunderte sogenannter „Kuger Frauen“, Streichfrauen, oder wie das Volk sie im Allgemeinen nennt, „Puffweiber“ treiben hier ihr Unwesen, und gar oft geschieht es, daß neben dem zum Kranken gerufenen Arzte auch die „Streichfran“ kurirt. Polizei und Staatsanwalt sind dieser Sorte von Heilkünstlern gegenüber machtlos, nur ab und zu, wo der Geldbeutel des Patienten gar zu arg geschöpft wird, kann die Behörde wegen Betruges einschreiten. — Die gewöhnlichsten und beständlichsten Mittel sind das „Föten“, das heißt das Besprechen der Nase durch Puffen und Streichen. Hier genügt es ein einmaliger Besuch der kungen Frau bei dem Patienten, das geschwollene Glied wird von ihr angehaucht, mit der Hand gefasert, ein kurzes „Gebet“ dabei gesprochen und die Heilung ist vollendet! Diese Krankheit ist auch zu entfernen, wenn man mit einem gefundenen Pflennig kreuzweise über das Gesicht des Patienten fährt; alsdann wird die Münze auf eine Stelle hingeworfen, wo weder „Licht noch Sonnenschein“ hinfällt, oder, was noch heilkraftiger ist, der Pflennig wird auf die unterste Stufe einer Treppe gelegt. Bei einer demartigen Besprechung kommt die Nase nie wieder. Die Senkung des Javens der Mundhöhle wird dadurch kurirt, daß ein Tuch um das Kinn geschlungen und auf

dem Kopfe „Kreuzweise“ verknötet wird. In diesem Zustande wird das Tuch dann abgenommen und an die Thürangel eines Zimmers, zu welchem Niemand Zutritt hat, gehangen; nur der Kranke — sonst nützt es nichts — darf den Kreuzknoten nach sechs Tagen öffnen und die Heilung ist vollendet! Auch die Warzen im Gesicht und an den Händen werden besprochen, jedoch nur in ferneren Nächten bei zunehmendem Mond, oder noch besser, bei Vollmond; der Patient muß entweder mit einer Silbermünze oder mit — Ohrenschmalz die Warze dreimal bestreichen und dabei sagen: „Was ich sehe, das bestehe“; was ich bestreiche, das vergehe“; dann folgt die Kurufung Gott Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes! Das ist ein unfehlbares Mittel, und wenn's nicht hilft, dann hat der Mond oder der ungünstige Stern, unter welchem der Patient geboren ist, Schuld! Auch um Blutungen augenblicklich zu stillen, giebt es eine Besprechungsformel, deren Inhalt unserem Berichterstatter leider nicht mitgeteilt wurde, weil die Zauberformel von einem Manne nur an ein Weib, von einem Weibe nur an einen Mann weiter mitgeteilt werden kann. Theilt aber ein Mann dies einem Manne, ein Weib dem andern mit, so führt das Ausplaudern bei Weiden nicht „zu stillende Blutung“ herbei, die unfehlbar den Tod der „Unglücklichen“ nach sich zieht.

**Kellnerinnenknuppen und Pfarrhäuser.** Der Gemeinderath der Neuen Kirche hatte sich im Januar, wie das „B.Z.“ aus dem „Co. Kirch. Anz.“ mittheilt, beim Polizeipräsidium über die vielen Vorfälle mit weiblicher Bedienung, die sich in der Friedrichstraße und in den Querstraßen aufgethan haben, beschwert. Der Bescheld lautet, daß bei Ertheilung der Konzeption allein der Stadtausschuß zuständig sei, und die Polizei nur gutachtlich gehört werde; man werde aber in Zukunft polizeilichereis die geäußerten Bedenken geltend machen. Vom Stadtausschuß, an den sich der Gemeinderath darauf wandte, wurde erwidert, daß in Berlin bei Ertheilung von Konzeptionen zum Wein-, Bier- und Kaffee-Ausschank „die Bedürfnisfrage überhaupt nicht in Betracht zu ziehen sei.“

Nach dem Korrespondenzblatt zur Bekämpfung der öffentlichen Sittenlosigkeit, welches die gleiche Notiz bereits in seiner Nummer vom 18. Juni brachte, hatte der Bescheld des Stadtausschusses noch den eigenthümlichen Nachsatz: „Daß jedoch, falls gegen neue derartige Anträge seitens des Polizeipräsidiums wegen der Nähe des Pfarrhauses Widerspruch erhoben werden sollte, in jedem einzelnen Falle die Sachlage einer besonderen Prüfung unterzogen werden solle.“ Es scheint also, daß den Pfarrhäusern von der Polizei eine Ausnahmestellung eingeräumt wird. Wenn durchaus ein Einschreiten der Polizei gegen den immer mehr überhandnehmenden Anflug der Kellnerinnenknuppen beabsichtigt wird, dann haben die Pfaffen jedenfalls nicht mehr Anrecht auf polizeilichen Schutz als gewöhnliche Staatsbürger.

Daß das Ende der Schulferien von manchen Eltern recht heftig herbeigewünscht worden ist, dafür geben die Stillschließungen einen Beweis, welche die Schülerinnen einer hiesigen Mädchenschule auf Anordnung ihres Lehrers schriftlich anfertigen mußten und zwar in Form eines Briefes. Dabei war den Schülerinnen auch aufgegeben worden, etwaige Ungezogenheiten, die sie während der Ferien verübt, mitzutheilen. Auf diese Weise ist nun ein Sündenbekenntniß der ganzen Klasse zu Stande gekommen, wie es in dieser Eigenartigkeit wohl kaum zum zweiten Male vorhanden sein dürfte. Den harmlosesten Ferienstreich dieser durchschnittlich etwa zehnjährigen Schülerinnen schildert die Thäterin so: Meine Mutter hat einem armen Reisenden einen Topf Kaffee gegeben. Da sagte der arme Reisende zu mir, ich solle ihm ein Stück Kuchen dazu holen, da habe ich ihm für 10 Pf. Streusüßigkeiten geholt. Am andern Tag hat Mutter den Kaffee trinken lassen, da hab ich heute gefreut. — Etwas ernstlicher ist schon die folgende Unart: Weil ich meinen Hut garniren wollte, habe ich von der Gardine etwas abgeschnitten, aber bloß hinter die Kommode, wo es nicht so zu sehen ist. Meine Mutter hat es auch noch nicht gesehen, aber ich hab Angst. — Mit einigem, vielleicht unfreiwilligem Humor ist folgendes Sündenbekenntniß geschrieben: Meine Mutter wollte Plinge baden, ich mußte Mehl holen, ich sang unterwegs, da wurde mir so leicht, da war der Boden entwei, da lag das Mehl auf der Erde, da habe ich es wieder zusammengelegt, allein Mutter sagte, die Plinge schmecken sandig, aber sie hat nichts gemerkt. — Ein sogenannter vollendeter Puffpater scheint aber die Verfasserin des folgenden Sündenbekenntnisses zu sein: Mein Vater hat zu mir gesagt, ich soll gelbe Fliegen greifen, das sind spanische Fliegen, dafür kriegt ich in der Apotheke Geld. Wir haben eine ganze Büchse voll gegriffen. Aber der Mann in der Apotheke wollte kein Geld dafür geben. Da habe ich die Büchse aufgemacht und die Fliegen alle in die Apotheke fliegen lassen.

Angeblich „zur Bekämpfung der zersetzenden Wirkungen der Sozialdemokratie“ soll für den Wahlkreis Teltow-Berzow-Storow-Charlottenburg von einem Herrn Karl Wald, gewesener Mediziner der Berliner Gartenlaube, eine neue Zeitung herausgegeben werden, deren Erscheinungsart je nach der zu Verfügung stehenden Baarmittel täglich oder dreimal wöchentlich geplant ist. Herr Wald wird bei den konservativen Vereinen und Ortsbehörden um Begünstigung des Unternehmens, ferner um Unterstützung der Druckerei durch Druckaufträge; er agitirt in öffentlichen Versammlungen, deren eine s. B. am Sonnabend den 16. d. M. in Mariendorf aberraumt ist.

Eine Agitationstour nach Wittenwalde und die umliegenden Dörfer unternahm am Sonntag, den 9. d. M. eine größere Anzahl Mitglieder des Arbeiter-Bildungsvereins für Rixdorf und Umgegend und war diese Expedition von bestem Erfolge gekrönt. Ausgerüstet mit zweihundert Broschüren und einem gehörigen Packete älterer Nummern des „Vorwärts“ zogen die Unerfahrenen kühnen Rühler von dannen, der Gefahren sich wohl bewußt, denen sie entgegenzogen. Als sich die Expedition in Marsch setzte, vermehrte sie sonderbarer Weise einen alten Bekannten, der bei derartigen Gelegenheiten sonst nie zu fehlen pflegt; doch trübten sich die Genossen mit der Hoffnung, daß der Vermehrte später noch zu ihnen stoßen würde. Und in dieser Hoffnung haben sie sich nicht getäuscht. Am Bahnhof Königs-Wusterhausen erwartete sie der Vermehrte, nämlich der Gendarm Hornbogen. Als die Genossen nicht aufstiegen, fuhr der Gendarm Hornbogen bis zur Station mit, wo die Genossen ausstiegen und gleich am Bahnhofe mit der Agitation begannen. Ein Genosse überreichte einem hiesigen Landmann eine Nummer des „Vorwärts“, die demselben aber sofort wieder von dem Gendarmen abgenommen wurde, welcher schließlich auch trotz Protestes nach vorgenommener Verhör wegen mangelnden Gewerbescheines das ganze Paket beschlagnahmte. Mit Verlust der Zeitungen konnte die Expedition den Zug ins Innere fortsetzen. Um 5 Uhr ging es nunmehr an die Arbeit und da die Genossen nicht weiter beehelligt wurden, ging die Agitation glänzend von Statten. Die 200 Broschüren fanden bereitwilligste Abnahme und die sozialistischen Lehren ein verständnißvolles Ohr, denn die Leute, die im Sommer in den Hiegeleien und im Winter in der Forst arbeiten, empfinden sehr wohl ihre gedrückte Lage. Leider sind dieselben aber zu sehr in Abhängigkeit, als daß sie es wagen könnten, offen sich zur Sozialdemokratie zu bekennen. Die Agitation wird sicher gute Früchte tragen, und zwar bei der nächsten Reichstagswahl. Für die nächste Zeit ist eine zweite Expedition in Aussicht genommen und wird hierfür eine recht starke Beihelligung der Genossen erwartet.

Sein erstes Sommerfest, welches, begünstigt vom schönsten Wetter, der Bund der gefälligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend in der Neuen Welt, Hafenstraße, abhielt, nahm einen allgemein befriedigenden Verlauf. Der große Garten des Stablkammers, in dem sich wohl an 3000 Bundes-

genossen und Genossinnen zusammengefunden hatten, war in geschmackvoller Weise dekoriert. Am großen Orchester hatte eine Bunte Kassalle's, von rothen Fahnen mit entsprechendem Inschriften umgeben, Aufstellung gefunden, ebenso im großen Saale, der ebenfalls in sinniger Weise geschmückt war. Durch Koncert, Spezialitäten-Vorstellung und humoristische Vorträge war für Unterhaltung bestens gesorgt worden. Besonderen Anlaß fand ein eigens zu diesem Feste gedichtetes und von Bundesmitgliedern zur Aufführung gebrachtes Festspiel, in welchem der Gesangsverein Olympia (M. d. N.-S.-B.), sowie die Musikvereine Animo und Stern und der Landwehrverein Deutsche Eiche (M. d. B.) die beliebtesten Arbeiterlieder zu Gehör brachten. Das Festspiel endete mit einem lebenden Bilde, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit darstellend und erzielte rauschenden Beifall. So hatte der Vergnügungs-Ausschuß in bester Weise für die Tagesunterhaltung Sorge getragen. Zur Nachtzeit trat Terpsichore in ihre Rechte und das Tanzbein wurde tapfer geschwungen, bis der Fahnenhieb den jungen Mogen verführte. Teilnehmer und Veranstalter dieses Arbeiterfestes können mit gleicher Befriedigung und Genugthuung auf dasselbe zurückblicken.

Die Bestattung des Genossen Tischler Karl Tarabach fand am Sonntag, den 9. d. M., unter Teilnahme von circa 300 Genossen auf dem Emmauskirchhofe statt. Aus einem Leben stiller aber emsiger Thätigkeit im Dienste der Partei, im Interesse der großen Volksmasse, hatte eine tüchtige Hausfrauheit den braven Genossen im besten Mannesalter, erst 38 Jahre alt, dahingerafft. Die Zahl der erschienenen engeren Genossen, sowie die Fülle der Kränze, welche die herrliche Hülle deckten, unter denen die Krönspenden der Genossen des vierten Wahlkreises sowie des Jugendvereins der Musikinstrumenten-Arbeiter besonders hervorragt, legten Zeugniß ab von der Anerkennung des Verstorbenen. Die Grabgesänge führte der Gesangsverein „Sibot“ unter Leitung seines Dirigenten aus. Die Leichenseier nahm einen würdigen und ungehörten Verlauf.

Verlust zweier Kinder innerhalb 48 Stunden. Am Montag wurde vor dem Hause Pausierstraße 15 ein fünfjähriges Mädchen von den durchgehenden Pferden eines Müllwagens überfahren und getödtet. — Die G'schen Eheleute wohnten in dem erwähnten Hause mit ihren beiden Kindern, dem zweijährigen Ernst und der um drei Jahre älteren Elise. Am Sonnabend erkrankte der Knabe am Brechdurchfall und starb am Sonntag Abend; am Montag Nachmittag begab sich die Frau, während der Mann seiner Beschäftigung nachging, zum Standesamt, um den Tod des Kindes zu melden, und ließ ihr Töchterchen unter Aufsicht von älteren Nachbarkindern zurück. Die Kleinen saßen spielend vor dem Hause, als die schengewordenen Pferde eines Müllwagens direkt in die Kinderstraße hineinjagten und, während die Anderen sich noch zu retten vermochten, die kleine Elise G. überfahren. Die Verzeiwung der G'schen Eheleute ist grenzenlos.

Polizeibericht. Am 10. d. M. Nachmittags wurde an der Ecke der Blumenstraße und des Grünen Weges der fünfjährige Knabe Franz Scholz von einer Droschke überfahren und am Kopfe schwer verletzt. — Am 11. d. M. Mittags wurden im Humboldthafen und in der Spree, hinter dem Deutzer Güterbahnhofe, die Leichen zweier Männer angeschwemmt.

## Gerichts-Beitrag.

Die Voruntersuchung gegen den Bankier Volke nimmt noch immer ihren Fortgang und es ist kaum abzusehen, daß dieselbe vor Schluss der Gerichtsserien beendet sein wird. Der mit der Führung der Untersuchung betraute Assessor Kypel, welcher hofft, das Vorverfahren bis zum Anfang dieses Monats zum Abschluss zu bringen, hat es für geboten erachtet, auf Grund seines Studiums der Kopirbücher nochmals eine ganze Reihe von Zeugen vorzuladen. Inzwischen sind alle Anstrengungen des Angeklagten, aus der nun schon vier Monate währenden Untersuchung entlassen zu werden, vergeblich. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Munkel, hatte gestern abermals einen diesbezüglichen Antrag unter Andeutung einer namhaften Kaution gestellt; die ständige Strafkammer hat aber auch diesen Antrag abgelehnt, da sie mit dem Staatsanwalt Kollisionsgefahren für nicht ausgeschlossen erachtet.

Die Erkenntniß von der Pflicht, gefundene Gegenstände unter allen Umständen bei der Polizei abzugeben, scheint noch immer nicht die genügende Verbreitung gefunden zu haben, denn es kommt noch häufig genug vor, daß Personen die Anklageband betreten müssen, weil sie gefundene Gegenstände von geringem Werthe sich widerrechtlich angeeignet haben. In der J.-Straße wohnte eine Frau J., welche unter ihren Schmuckgegenständen auch eine silberne Ringenbroche besaß. Diefelbe stammte aus der Ködliner Silberausstellung und war der Besitzerin darum besonders werthvoll. Eines Tages war die Broche verschwunden und kam auch trotz aller Nachforschungen nicht wieder zum Vorschein. Etwa 1 1/2 Jahre waren darüber vergangen, als Frau J., die Gattin des Hauswirths, bei ihr erschien, um einige häusliche Angelegenheiten mit ihr zu erledigen. Dabei bemerkte Frau J. an dem Halbe der Hauswirthin eine Broche, welche der von ihr vermißten auf ein Haar gleich und sie sprach dem auch ohne Weiteres die Ansicht aus, daß diese Broche ihr Eigentum sei. Die Hauswirthin war sehr indignirt und erklärte kurz und bündig, daß sie die Broche in der Friedrichstraße gekauft habe und diese Behauptung wurde auch von dem Bruder des Hauswirths bestätigt, als Frau J. nochmals eine Besichtigung der Broche vornahm. Das ging der Verliererin doch über den Spieß; sie wußte ganz genau, daß es sich um ihr Eigentum handelte und sie holte deshalb, kurz entschlossen, einen Schutzmann herbei. Erst bei Annäherung des Beamten gab die Hauswirthin die Broche wieder an die rechtmäßige Eigentümerin zurück, indem sie erklärte, daß dieselbe s. B. von ihrem Schwager auf der Treppe gefunden worden sei. Es stellte sich heraus, daß der Schwager, als Hausverwalter, eines Tages den Schmuck gefunden, ihn für gänzlich werthlos angesehen und seiner Schwägerin übergeben hatte, um ihn „ins alte Eisen zu werfen.“ Die letztere hatte nach Jahresfrist die Broche beim Aufräumen vorgefunden und obgleich sie selbst mehrere Brochen besitzt, hatte sie es doch nicht übers Herz bringen können, das unscheinbare Ding fortzuwerfen, sie hatte es vielmehr von einem Juwelier in Stand setzen lassen und trug es nun stolz auf ihrem Morgenrock. Hierin hatte die Anklagebehörde den Thatbestand der Unterschlagung, beim Fehlen der Erkenntniß, ein günstiger Umstand rettete beide Angeklagte vor Strafe. Der Gerichtshof hielt nämlich bei dem Hauptangeklagten das Bewußtsein einer Unrechtheit nicht für vorliegend und da somit die Unterschlagung fortfiel, konnte auch die angeklagte Hauswirthin nicht wegen Fehlleisterei verurtheilt werden. Der Vorsitzende des Schöffengerichtes nahm jedoch Veranlassung, der Dame den dringenden Rath zu ertheilen in Zukunft alle Sachen, die sie findet, abzugeben, da sie andernfalls doch einmal recht böse Folgen verspüren könnte.

Wie noch einmuerlich sein wird, wurde vor einiger Zeit ein Schlächtermeister wegen Verfälschung von Nahrungsmitteln verurtheilt, weil er in die von ihm selbstgebackene Wurst das Fleisch eines krepirten Hundes verarbeitet hatte. Diese Angelegenheit hat kürzlich auch das Reichsgericht beschäftigt und zu einzelnen für Wurstesser interessanten Erörterungen geführt. Der Bericht über das betreffende Schlächtermeisters hatte nämlich in der Revisionsinstanz geltend gemacht, daß von der Verfälschung eines Nahrungsmittels nicht gesprochen werden könne, da die betreffende Wurst lediglich aus dem Fleische eines krepirten

Hundes angefertigt worden war und eine Nahrungsmittelverfälschung nur dann vorliege, wenn das Nahrungsmittel durch Entnehmen oder Zufügen von Stoffen verschlechtert, oder wenn demselben der Schein einer besseren Beschaffenheit gegeben worden sei. Halte man „Hundefleisch“ überhaupt für kein Nahrungsmittel so sei auch die aus ihm hergestellte Wurst kein Nahrungsmittel also auch kein verschlechtertes; sei es dagegen ein Nahrungsmittel, so auch die aus ihm hergestellte Wurst, jedoch kein „verschlechtertes“, sondern einfach ein „schlechtes“. Das Reichsgericht ist diesen Deduktionen nicht gefolgt und sich dem Vorderrath angegeschlossen, daß der Angeklagte die fragliche Wurst aus Stoffen zusammengesetzt habe, welche nicht in Wurst gehören. Damit ist der Begriff der Nahrungsmittel-Verfälschung erfüllt. Einer in Zukunft des Darans aus hundefleisch hergestellten Wurst sei so fern „der Schein einer besseren Beschaffenheit“ gegeben worden, als ein äußerlich als Wurst sich darstellendes Produkt bei ernährungsmäßiger Beschaffenheit aus anderen inneren Bestandtheilen, als aus Hundefleisch, besteht. Dem fraglichen Erzeugnisse sei somit der Schein einer solchen — also einer gegenüber der Wirklichkeit besseren — Beschaffenheit gegeben worden.

Der Maler Agel Steefeldt aus Gothenburg war vom Schöffengericht wegen eines mittelst eines Sparkastensbuches begangenen Betruges von einer Woche Gefängniß verurtheilt worden. Er hatte gegen das Erkenntniß Einspruch erhoben und deshalb gestern vor der Berufungsstrafkammer des Landgerichts I zu erscheinen. Im Februar d. J. war der Angeklagte in Gothenburg verlegenheit geraten, weil er längere Zeit hindurch keine Arbeit gehabt. Er begab sich zum Restaurateur G. und bat denselben, ihn auf ein Sparkastensbuch der Sparkasse zu Gothenburg, 20 M. zu leihen. Der Restaurateur G. überzeigte sich, daß 100 Kronen als Guthaben eingetragen waren und nahm deshalb keinen Anstand, dem Bursche zu willfahren. Steefeldt ließ sich nicht wieder sehen und als der Restaurateur das Sparkastensbuch nach Gothenburg schickte, erhielt er es mit dem Bemerkens zurück, daß überhaupt nur 10 Kronen eingezahlt worden seien, die der Inhaber des Buches aber bereits bis auf neuen Dere wieder abgehoben hatte. Nachdem der Thatbestand auch in zweiter Instanz festgestellt worden war, wie vor dem Schöffengericht, rief der Vorsitzende dem Angeklagten, die Berufung zurückzuziehen, denn er könne von Glück sagen, daß man ihn nicht wegen schwerer Urkundenfälschung zur Verantwortung gezogen habe, da doch ein dringender Verdacht vorliege, daß er selbst aus der 10 durch Hinzufügung einer 0 die Zahl „100“ gemacht habe. Der Angeklagte war vernünftig genug, dem Rath des Vorsitzenden zu folgen. Er nahm die Berufung zurück und blieb es somit beim ersten Erkenntniß.

## Soziale Uebersicht.

Für die Planlosigkeit der bürgerlichen Produktion sprechen auch die Unterschiede in den Preisangeboten bei Submissionen.

Nach dem Berichte eines Breslauer Blattes fand vor Kurzem die Ausführung von Erdarbeiten bei einem Bahnhofs-Verkauf zur Submission. Von den eingelangten Offerten sprangen die einzelnen verlangten Preise um durchschnittlich 3000 M. herauf oder herunter. Die höchste Forderung einer Unternehmerfirma betrug 88 000 M., das niedrigste Angebot eines anderen aber — 17 700 M.!

Bei demselben Betriebsamt war die Lieferung von eichenen Möbeln für die Warteplätze des neuen Empfangsgebäudes in einer Stadt Ober-Schlesien ausgeschrieben. Während die Preisdifferenzen der einzelnen Firmen gegenseitig im Allgemeinen etwa 1000 M. betragen, stellten sich die höchste und niedrigste Forderung wie folgt: Die eine Firma verlangte für die Ausführung der Arbeiten 4500 M., während eine andere dieselben Arbeiten für — 2050 auszuführen bereit war!

In den meisten Fällen erklärt sich die große Differenz zwischen höchstem und tiefstem Angebot durch das Bewußtsein der Unternehmer, den Arbeitslohn nach Belieben herab- und die Arbeitszeit nach Belieben heraufzuschrauben zu können. Da die deutschen Arbeiter nur zu einem kleinen Theile organisiert sind, schlagen die Kalkulationen der Unternehmer nur selten fehl.

Die Organisation der Kohlengräber in Nordböhmen macht stetige Fortschritte. Von Komotau bis nach Aussig hin und finden sich sogar in kleineren Orten Bildungsvereine (die österreichische Organisationsform). Der bedeutendste Bildungsverein der Kohlengräber ist der in Dux. Derselbe zählt gegen 1000 Mitglieder, kann aber infolge der behördlichen Chikanen nicht einmal ein kleines Fest abhalten. Im Bezirk Teplitz werden alle öffentlichen Versammlungen verboten. Man kam deshalb auf den Gedanken, in der Annahme zu einer solchen an Stelle des Wortes „Versammlung“ das Wort „Vortrag“ zu setzen. Die Polizei scheint sich gefehlt zu haben, auch den Begriff „Vortrag“ für staatsgefährlich zu erklären, um aber doch ihrer Bornirtigkeit Ausdruck zu geben, verbot sie wenigstens die Diskussion, weil durch dieselbe der Vortrag den Charakter einer öffentlichen Versammlung annehmen würde. Als der Vortrag endlich gehalten werden konnte, unterbrach der überwachende Polizeikommissar den Redner so oft und zwar in der läppischsten Weise, daß eine Riesengebild dazu gehörte, dabei ruhig zu bleiben. Der Streik hat in Aussig und Teplitz Bezirk erheblichen Schaden angerichtet. Nachdem die Bergleute jedoch vereine bewilligt bekommen haben, geht es wieder vorwärts.

Die Wirkungen der theuren Brotpreise spiegeln sich recht drastisch wieder in einem Situationsbericht, den die „Wälder- und Konditor-Zeitung“ aus den böhmischen Grenzgebieten erhält. Derselbe besagt: In meiner Gittauer Gegend liegt die Bäckerei und Mälerei gänzlich darnieder, weil fast sämtliches Brot und Mehl aus Böhmen geholt wird. Allein im Monat Mai sind auf der Zollstraße von Grottau in Böhmen nach Jittau in Sachsen bei der Steuerkontrolle 55 000 Stück Sechshund-Brote durch Karte frei eingeführt worden, außerdem täglich bis 50 Zentner Mehl, welches sechsstündig übergeholt wird. Dazu kommt nun noch das Brot und Mehl, welches ohne Schein außer der Zollstraße eingeführt wird. Im Juni und Juli hat sich die Lage noch bedeutend verschlimmert. Es ist keineswegs ein Beginnigung der armen Leute allein, daß sechs Hund Brot und Mehl Zollfrei herübergeholt werden. Der Mitleidstand und sehr reiche Leute nutzen diese Gelegenheit in unerhörter Weise aus. Großgrundbesitzer schicken fast alle Tage nach Mehl, welches sie ansammeln, Bäckern fahren hinüber und nehmen dabei mehrere Kluder mit, Bäcker, Bäckereibesitzer, Gemeindevorsteher, Beamte, die Frauen der Grenzbesitzer u. s. w. Ein Stadtrat a. D., welcher erstens eine große Pension bezieht, außerdem einer großen Prämie sich erfreut, bringt sich dessewegen auch das Mehl von Böden in seinem Wagen Zollfrei mit, ob mit oder ohne Schein, was dahingestellt sein. Die Scheine, welche auf dem Zollamte vorzulegen sind, werden mitunter verborgt oder verkauft. Die böhmischen Wälder haben sogar massige Niederlagen mit Verkaufsläden an der Grenze aufgeschlagen, andere gehen mit allerhand Inbrüwen dandend, damit die Leute nicht erst nach Grottau hinein brauchen, wodurch ihnen eine gute halbe Stunde Weg erspart bleibt. Hier etwa an den angeführten Thatfachen zweifelt, kann sich täglich überzeugen, daß dies in Wirklichkeit so ist. Wenn die Verhältnisse im ganzen Grenzgebiet so sind, dann ist es kein Wunder, daß Wälder und Mäler, welche sich über zu wenig Steuern nicht beklagen dürfen, vom Erwerb abgeschnitten werden und dann fordern, entweder die Grenze ganz zu öffnen oder zu schließen.

Die Auswanderung über Bremen hat dies Jahr wieder ihren höchsten Stand seit 1887 erreicht, was bei den elenden

Jahr	Deutsche	Anderere	Zus.
1861	36 972	51 747	88 719
1869	29 933	41 829	71 762
1889	31 062	29 425	60 487
1898	34 234	24 074	58 308
1907	36 740	26 177	62 917

Land	1891	1899	1899
von Vereinigten Staaten	78 193	65 529	57 989
Frankreich	10 049	5 502	503
den La Plata Staaten	176	334	1 449
dem übrigen Amerika	—	—	—
Afrika	7	7	17
Ostasien	50	72	161
Australien und Inseln	244	278	305

**Frauenlöhne.** Ein Münchener Unternehmer zahlt nicht nur lächerlich niedrige Löhne, sondern er zieht seinen Steuereinnahmen auch noch die Kosten des Stüdmaterials ab. Man höre:

Die Arbeiterin A. hat 5 Stück Häuser von 1 Meter Länge in Galt und Stiellich, pro Stück 1 M. 20 Pf. zu liefern. Sie braucht zu jedem Häuser 3 bis 4 Tage, wenn sie von 6 Uhr früh bis Abends 6 Uhr, also zwölf Stunden arbeitet; an 5 Häusern würde sie also 3 Mal 5 Tage, ist also 15 Tage stück, was einen Arbeitslohn von 6 Mark ergibt, wenn ihr nicht noch 1 M. 56 Pf. für Stüdmaterial davon abgezogen würde, so daß ihr also nur 4 Mark 4 Pf. bleiben — als Arbeitslohn für 15 Tage!

Die Arbeiterin B. liefert einen 1/2 Meter langen und 50 Ctm. breiten Tischläufer, den sogenannten Nofokoläufer, welcher tafelförmig Menschengruppen darstellt, in Galtlich und braucht dazu bei fleißiger Arbeit 5 Tage. Sie würde dafür 1 Mark 20 Pf. erhalten, wenn ihr nicht noch 20 Pf. für Stüdgarn in Abzug gebracht würden.

Die Arbeiterin C. übernimmt 6 Handtücher, in Seide anzuführen. Dazu gehört eine recht leichte und geschickte Hand, zugleich auch einige Kenntnisse in der Farbensamensetzung. Diese Arbeit wird verhältnismäßig auch besser bezahlt. Pl. soll 2 M. für das Handtuch erhalten, allein 75 Pf. gehen für jedes Handtuch für Seide ab. 75 Mal 6 ist gleich 4 M. 50 Pf., so daß ihr für zwölfstündige Arbeit 1 M. 50 Pf. bleiben.

Die bayerischen Arbeiterinnen sind gegen solche räuberischen Unternehmerpraktiken vollkommen schutzlos, da ihnen der Staat sogar das Vereinsrecht verweigert.

**Gegen das Innungswesen spricht sich in verdienstlicher Weise das Präsidium des Zentralverbandes deutscher Arbeiter in der Weise:**

„Wenn wir uns unter den anderen gewerblichen Verbänden um, so finden wir meist Innungsverbände. Nicht vereinigt sind auch in unseren Kreisen vor einigen Jahren die Veruche zu Innungsbildungen gewesen, denn die jüngere Generation denkt sich gern ein Eldorado auf Grund obligatorischer Befähigungsanforderungen und Beschränkung des Haltens von Lehrlingen; das in unserer fortgeschrittenen Zeit, in welcher Kaufmann und Gewerbetreibender oft vereint sind, zumal in größeren Städten, eine Beschränkung der Selbständigkeit den Wenigbemittelten drückt, für den Wohlhabenden aber gegenstandslos ist, wird zu leicht übersehen. Den Allen ist es im Gedächtnis geblieben und sie sind heute die Verächter des Innungswesens. Was wir in diesen 15 Jahren erreicht haben, ist uns geworden durch die eigene Kraft, und deshalb sehen wir uns nicht nach der Bevormundung und dem Aufsichtswesen jedesfalls recht wohlwollender, aber für unsere Bedürfnisse doch wenig verständnisvoller Behörden.“

Die Agitation für das in sozialer Beziehung schon wegen der mit ihm verbundenen Einengung des geistigen Horizonts gemeinschaftliche Innungswesen hätte niemals so große Dimensionen annehmen können, wenn sie nicht von den Regierungen künstlich, durch Gesetze unterstützt worden wäre. Trotz der gesetzlichen Bevormundung lassen die Innungen nicht.

## Veranstaltungen.

**Im sozialdemokratischen Wahlverein für den ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis** fand am 11. d. M. die Fortsetzung und der Schluss der Versammlungen vom 16. und 22. Juli dieses Jahres statt.

Genosse **Eick** befragte noch einmal seine Abänderungsvorschläge, die bereits im Versammlungsbericht über die bezüglichen Verhandlungen des vierten Wahlkreises, Freitag, den 11. Juli, abgedruckt sind.

Genosse **Wieser** bemängelt den Ausdruck des sechsten Absatzes im Entwurf: „eine Umwandlung, für welche die kapitalistische Gesellschaft selbst die materiellen und geistigen Bedingungen geschaffen hat“. Er meint, die geistigen Bedingungen müsse sich das Proletariat selber erringen, und schlägt vor, nur zu setzen: „die materiellen Vorbedingungen“. Auf die Forderungen des zweiten Programmentwurfs eingehend, meint der Redner zwar, man würde uns doch nicht das geringste bewilligen, wünscht jedoch aus agitatorischen Rücksichten eine Verknüpfung der Forderungen. So verlangt er neben dem freien Unterricht auch die Ernährung und Kleidung der Schuljugend nach dem Staat; an Stelle der sonstigen eine 42stündige Arbeitswoche, ähnlich wie in England; nicht nur eine „maßgebende Wirkung“ der Arbeiter bei der Verwaltung der Arbeiterverwaltung, sondern die alleinige Verwaltung durch die Arbeiter; außerdem auch die Schaffung einer wirklichen Invalidenversicherung, etwa so, daß jeder Arbeiter vom 50. Lebensjahr ab (oder schon früher, wenn er durch einen Unfall oder Krankheit erwerbsunfähig wird) Anspruch auf eine Invalidenrente von 3 bis 4 Mark pro Tag hätte und ihm ferner für jedes noch zu erzielende Hind etwa 1 Mark pro Tag ausbezahlt werden müßte.

Genosse **Had** hält den Programm-Entwurf für viel zu breit und würde die Forderungen des zweiten Teils vollständig streichen. Alle unsere Forderungen und Wünsche können wir doch nicht ins Programm aufnehmen, deswegen wäre es besser, die Formulierung dieser Forderungen den einzelnen Agitatoren zu überlassen und nur den ersten Teil als Programm anzulegen.

Genosse **Marewski** spricht sich für eine parlamentarische Vertretung aus, weil diese heute noch von der Majorität der Partei gewünscht wird.

Genosse **Läterow** hebt die Zusammengehörigkeit der beiden schonbar getrennten Abschnitte des Programms hervor, indem man dem Ziel, das im ersten Teil wissenschaftlich und theoretisch festgestellt ist, durch die Forderungen des zweiten Teils praktisch näher zu kommen sucht.

Nachdem noch die Genossen **Schlichtenhöfer**, **Wieser**, **Had**, **Läterow**, zum Teil wiederholt, gesprochen und ihre Ansichten näher ausgeführt haben, wird schließlich die unter Parteinachrichten in heutiger Nummer abgedruckte Resolution gegen eine Stimmengenenommen. Dann gelangte noch zur Verhandlung, daß der Sommer-Ausschuß des Vereins in diesem Jahre mit der Kassalfeier verbunden werden wird. Mit einem kräftigen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß die Versammlung.

Die Bahnhalle L. des Verbandes deutscher Maurer (Pauer) hielt am 2. August ihre regelmäßige Versammlung mit Tagesordnung ab: „Unsere Lage im Gewerbe“, Vereins-An-

gelegkeiten und Verschiedenes. Zum ersten Punkt der Tagesordnung führte Kollege **H. Neumann** aus, in diesem Jahre habe es nicht so schlimm mit der Arbeitslosigkeit, trotzdem komme es doch noch vor, daß Kollegen nachelang auf der Straße liegen müßten. Das habe in der Selbstsucht der außerhalb der Vereinigung stehenden Kollegen seinen Grund. Die betreffenden gerieten sich als Puhmeister und beuteten ihre Kollegen aus, indem sie sich hohe Projekte von dem Ueberflusse abzogen. Damit ihnen feiner an den Krügen könne, meldeten sie das Gewerbe an, engagierten dann mehrere Bauten zum Puhen und nahmen von jedem Bau das Tagelohn, trotzdem sie nur stundenweise auf einem Bau sich aufhalten. Infolge dessen beuteten sie die arbeitenden Kollegen durch deren eigenes Geld aus, indem sie durch das so erpreßte und erschwindelte Geld in die Lage gelangten, den Arbeitgebern Kaution stellen, die Bauten ohne Lohnzahlung von Seiten des Meisters halb, auch teilweise ganz fertig machen, ferner Mästung liefern zu können und dergleichen mehr. Unser Bestreben müsse es sein, gegen diese Uebelstände durch eine strenge Organisation Front zu machen. Leider blieben viele Kollegen der Organisation fern. Die sich an den Sammlungen zum Generalfonds beteiligt haben, seien meist Mitglieder des neuen Vereins. Den anderen wäre der Beitrag zu hoch und sie blieben deshalb unter irgend einem Vorwand fern. In der Diskussion führte **F. Schulz** aus, daß verschiedene Kollegen beim Mästen nicht den üblichen Tagelohn erhalten; sie müßten sich nicht so schlaf zeigen, sonst würden die Früchte einer zehnjährigen Organisation und bald wieder verloren gehen. Kollege **Döhne** meint, wenn die Kollegen erst den Muth verlieren, den üblichen Lohn zu verlangen, dann würden wir auch bald die zehnjährige Arbeitszeit wieder haben. Kollege **Diedrich** wies auf den Brüsseler Kongress hin. Viele Kollegen verhalten sich abwartend; sie wollten erst sehen, ob sich der Kongress für die Zentralisation oder für Lokalorganisation aussprechen werde. Nachdem würden sie sich dem Vereine schon anschließen. Auch wies er darauf hin, daß schon Versuche gemacht worden sind, Gewerkschaften zu gründen (erst im Norden und jetzt im Südosten). Das sei verwerflich und es müsse dem entgegen gearbeitet werden. Es seien sogar Elemente dabei tätig, welche früher im Verein eine hervorragende Stellung eingenommen hätten. Diesen Leuten wäre der Beitrag zu hoch, sie seien nicht soweit gekult, um begreifen zu können, wozu die Mark Extrastener gezahlt wird, sondern dächten nur an ihr eigenes Ich; im Winter, wenn es nur 10 Pf. pro Woche kostet, würden sie schon kommen.

Koll. **Vollers** ermahnte die Kollegen, unter sich erst ein wenig uneigennützig zu sein, dann wird es im Ganzen besser werden. Koll. **Krädel** meinte, die Buharbeit sei ein böser Mittel und wir alle schuld an den üblen Verhältnissen. Wenn die Heuchelei und das Köpfe-Jusammenstecken so weiter gehe, würden die Verhältnisse noch schlechter werden. Koll. **Gräßle** fand die Ursache unserer unbefriedigenden Lage in der seit 10 Jahren verfolgten Politik der Pauer; das Viebzügeln mit der Meisterschaft habe noch nie zu etwas Gutem geführt, sondern man erziehe dadurch nur Egoisten. Das Kapital habe vor der Hand davon Vortheil, daß man auf 30 Meilen Entfernung Wochenablässe ausgiebt; dadurch würden billige Arbeiterkräfte herangezogen. „Schaaren wir uns“, meinte **Kebner**, „auch zusammen, damit wir einen Gegenhalt haben.“ Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

**Behufs Erörterung der Frage, wie sich die Berliner Arbeiterschaft zur Gründung einer Bäcker-Gewerkschaft stelle,** war am 11. d. M. abermals eine Volksversammlung einberufen. Diefelbe war wieder mangelhaft besetzt, wenngleich besser als die erste. Der Eintritt in die Tagesordnung stellte **H. Ziel** zur Geschäftsordnung den Antrag, über die Frage der Gewerkschaftsbäcker zur Tagesordnung überzugehen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Demzufolge nahm **Pfeiffer** das Wort zu seinem Referat. Derselbe behandelte zunächst die Lage der Bäcker-Gewerkschaft unter dem Tratte der Innungen, insbesondere der Germania-Bäcker-Innungsverbandes, gegen welchen die Bäcker-Gewerkschaft auf gütlichem Wege nicht aufzukommen vermöge. Um einen Ausweg aus diesem Dilemma zu finden, habe man den Gedanken der Gründung einer Gewerkschaftsbäcker, angeregt durch die Erfolge solcher in anderen Städten, angenommen. Die Zweckmäßigkeit einer solchen legte **Kebner** in längeren Ausführungen dar. Er war der Meinung, daß für den Anfang ein Kapital von 5000 M. genüge. Würde die Gewerkschaftsbäcker sich als leistungsfähig erweisen, woran **Kebner** nicht zweifelte, so war er der weiteren Meinung, daß weitere Mittel hiezu würden. Auch glaube der Referent, daß die Gründung der projektirten Gewerkschaft durchaus im Interesse der Berliner Arbeiterschaft liege. Den mangelhaften Besuch der Versammlung führte der Redner nicht auf den Mangel an Interesse seitens der Arbeiterschaft, vielmehr auf ungenügende Bekanntmachung und die zahlreichen gleichzeitig tagenden Versammlungen zurück. Im Anschluß an das Referat plauderte **Wieser** sehr warm für die Gründung einer Bäcker-Gewerkschaft in Rücksicht auf die durch die Kornzüge verursachten Missethate sowohl, als auch zur Unterstützung der Bäcker-Gewerkschaft. **Kunz** (ehemaliger Mitleiter der Pomburger Bäcker-Gewerkschaft) hielt ein Anfangskapital von 75 000 M. für erforderlich, um mit Erfolg arbeiten zu können, war indessen nicht gegen das Projekt. **Hermann** behandelte die Frage der Gewerkschaftsbäcker in durchwegs nachtheiliger Weise, frei von dem Enthusiasmus, namentlich des ersten Redners in der Diskussion, trat besonders der Auffassung entgegen, daß auf gewerkschaftlichem Wege die Lage der Arbeiter wesentlich gebessert werden könne und befürwortete einen Versuch, um daran den Erfolg zu erleben. Auch war derselbe nicht der Meinung der „Vollst-tribüne“, daß die Referenten der Gewerkschaftsbäcker zu den spezialistischen Elementen zählen. **Lazarus** erwies sich als ein Freund der zu gründenden Gewerkschaftsbäcker und als Bäcker ebenso **Schlüter**. Als entschiedenster Gegner trat auf Grund der mit Gewerkschaften bisher gemachten Erfahrungen **H. Ziel** hervor, während Genosse **W. Böhm** der Sache sehr sympathisch gegenüberstand und namentlich das Solidaritätsgelübde der Arbeiter in's Feld führte, welches der Gutmacher-Gewerkschaft zu glänzenden Erfolgen verholfen habe. Ihm schloß sich **Harzenberg** an. **Dahl** hielt gleichfalls die Errichtung der Gewerkschaftsbäcker für gesichert, sofern nur der aufgeklärte Theil der Arbeiter sich als Abnehmer erweisen würde und die Gründung einer Gewerkschaftsbäcker in eigenen wie im Interesse gemahnter Bäcker-Gewerkschaften für geboten. Auch glaubte er, daß die erforderlichen Mittel aufgebracht werden könnten, obwohl in der Berliner Arbeiterschaft ein Mißtrauen gegen das Projekt bestehe. **Kasper** versprach sich nur Erfolg, wenn die Gewerkschaft von Fachleuten geleitet werde und eine zahlungsfähige Kundschaft habe. Gerade der letztere Punkt sei aber auch der wundeste. Auch kämen die Frauen sehr in Frage. Im Allgemeinen war er für das Projekt, da die Gewerkschaft mehr und besseres Brot für den heutigen Preis zu liefern im Stande sein würde. Nachdem noch einem Vortrage gemäß Genosse **Montag** für und **Wengels** gegen das Projekt gesprochen hatten, nahm der Referent das Schlusswort, ermahndem, dem Projekte nur genügendes Vertrauen entgegenzubringen, dann würde der Erfolg auch nicht ausbleiben. Die Versammlung erklärte sich schließlich fast einstimmig in Form einer Resolution mit der Gründung einer Bäcker-Gewerkschaft einverstanden, beantragte aber behufs endgültiger Beschlußfassung nochmals eine große Volksversammlung einzuberufen. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale revolutionäre Sozialdemokratie wurde hierauf die Versammlung geschlossen.

**Die Filiale Berlin der Vereinigung der Schmiede Deutschlands** hielt am Dienstag eine Versammlung ab, in welcher **Dr. Hügel** unter lebhaftem Beifall über die Entscheidung des Staates referirte. Hierauf folgte die Abrechnung vom Sommerfeste. Diefelbe ergab eine Einnahme von 247,50 M. und eben so viel Ausgabe. Da mithin ein Ueberschuß nicht erzielt wurde, bewilligte man für den verkrüppelten arbeitsunfähigen Kollegen **Hägemann** eine Unterstützung von 30 Mark aus dem Reservefonds. Bei der Neuwahl des Präsidiums wurden die bisher amtierenden Kollegen einstimmig wiedergewählt. Zu Revisoren bestimmte man die Kollegen **Pettmann**, **Lange** und **Fischer**. Die Frage des Anschlusses an den allgemeinen Metallarbeiter-Verein wurde lebhaft diskutiert, die Erledigung derselben aber bis zur nächsten öffentlichen Versammlung zurückgestellt.

Der Arbeiter-Bildungsverein „Vorwärts“ in Neuenhagen hielt am 9. August im Saale Neubauer, Alt Landsberg, seine monatliche Mitgliederversammlung ab. An Stelle des feind Amt als erster Vorsitzender niederlegenden Genossen **Arnold** wurde Genosse **Richard Babel** gewählt. Darauf hielt Genosse **Wenzel-Berlin** einen interessanten Vortrag über modernes Vagabundenthum, welcher reichem Beifall fand.

Der Verein hatte trotz seines erst halb-jährigen Bestehens bereits die polizeiliche Feuerprobe zu bestehen, indem dem gesamteten Vorstande je zwei Strafmandate (von 84 Mark dem ersten Vorsitzenden, den übrigen acht Vorstandsmitgliedern von 34 Mark) zugegangen sind und zwar auf Grund des § 8 des Vereinsgesetzes. Gegen diese Strafmandate ist gerichtliche Entscheidung beantragt. Es wurde beantragt, daß Herr **Stadthager**, welcher Vertreter unseres Wahlkreises ist, und in einem bereits stattgehabten Termin nicht vertreten kommt und die Hofnung ausgesprochen, es werde dies im nächsten Termin möglich sein, weil die Verurteilung zu dieser enormen Geldstrafe den Mutn einiger Genossen zur Folge haben würde.

Die Freie Vereinigung der Portiers etc. hielt am 6. August eine Versammlung ab. Der Vorsitzende Kollege **Käppler** ließ zunächst zwei Protokolle verlesen, wovon das vom 18. Juli genehmigt, das vom 2. Juli eines Fehlers halber beantragt wurde. Da viele geschäftliche Angelegenheiten zu erledigen waren, mußte der 2. Punkt der Tagesordnung, Fortsetzung der Vorlesung aus **Bellamy** übergegangen werden; man schritt sofort zur Verlesung und zur Aufnahme der neuen Mitglieder. Der Vorsitzende bewillkommnete dieselben und forderte sie auf, recht thätig für die Freie Vereinigung zu wirken. Ein Antrag: betreffend Anschaffung einer Bibliothek für die Vereinigung, wurde dahin erledigt, daß Kollege **Käppler** seine eigene Bibliothek der Vereinigung solange zur Verfügung stelle, bis sich letztere selbst eine solche angeschafft hat. Aus Grund einer diesbezüglich angenommenen Bibliotheksordnung findet für Mitglieder die unentgeltliche Ausgabe (der von Kollege **Käppler** in einem Katalog aufgeführten Schriften und Bücher) außer Sonn- und Festtagen, täglich von 10—12 Uhr Vormittags und 4—5 Uhr Nachmittags in der Wohnung des genannten Kollegen, Burgstraße 18, statt, welcher die Kollegen aufforderte, hieron ungeeigneten Gebrauch zu machen. Ein zweiter Antrag: Regelung der Unterstüßungsfrage wurde dahin erledigt, daß beim Ableben eines Mitgliedes oder dessen Ehefrau dem oder der Hinterbliebenen eine Unterstützung von 30—100 Mark gewährt werden solle. Auch bei Sterbefällen der Kinder von Mitgliedern wird eine Unterstützung und zwar in Höhe von 10—15 M. gewährt. Ebenso sollen die arbeitslosen Mitglieder unter gewissen Bedingungen Unterstützung erhalten. Die Mittel zu obigen Unterstützungen werden durch Extrabeiträge aufgebracht. Unter Verschiedenem wurde der Vorschlag des Kollegen **Grauer** angenommen, mehr für die Agitation zu thun; es wird deshalb demnächst eine Wanderversammlung im Westen Berlins einberufen werden. Der Vorsitzende theilte hierauf mit, daß nunmehr endgültig mit der Stabilisierung des Stellen-Nachweises begonnen werde; ein früheres Inkrafttreten desselben wäre unzulässig gewesen. Der Stellen-Nachweis geschähe bis auf weiteres für Mitglieder unentgeltlich und, mit Ausnahme Sonn- und Festtagen, täglich von 10—12 und 3—5 Uhr Burgstraße 18, beim Kollegen **Käppler**. Die nächste Versammlung ist auf den 20. August angesetzt.

Die Freie Vereinigung der Van-Arbeiter Berlins hielt am 9. August ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Da der erste Kassierer am Erscheinen verhindert war, so gab Kollege **D. Wötcher** als zweiter Kassierer die Abrechnung über das 2. Quartal 1891. Diefelbe wurde von den Revisoren für richtig befunden und dem Kassierer darauf Decharge erteilt. Zu Vereinsangelegenheiten meldete sich Kollege **Wannmann** zum Wort. Derselbe ist seiner Zeit von der Vereinigung mit 40 M. unterstützt worden, hat sich jedoch zur Rückzahlung verpflichtet, sobald es ihm möglich ist. Da er sich jetzt in sehr schlechter wirtschaftlicher Lage befindet und noch befindet, ist derselbe nicht im Stande gewesen, seiner Verpflichtung nachzukommen. Es wurde deshalb ein Antrag des Kollegen **W.** Kerpfen angenommen, dem Kollegen **Wannmann** die 40 M. zu schenken. Ein Antrag des Kollegen **W.** Kerpfen, noch eine Zahlstelle für den Norden zu errichten, fand gleichfalls Annahme; zum Inhaber der Zahlstelle wurde Kollege **W.** Kerpfen bestimmt. Die Zahlstelle soll vom 1. September ab bei Restaurant **Wolter**, Linienstr. 124, sich befinden und darüber durch Annonce im „Vorwärts“ und im „Arbeiter“ Bekanntmachung erlassen werden. Hierauf legte der Vorsitzende der Versammlung die Frage vor, ob es nicht zweckentsprechend wäre, wieder Bezirksversammlungen einzuberufen, um dadurch mehr Mitglieder zu erzielen. Die Versammlung bejahte die Frage und beauftragte den Vorsitzenden mit der Veranstaltung solcher Versammlungen. Außerdem brachte Kollege **Marnas** mehrere Sachen zur Sprache, welche für die Allgemeinheit ein Interesse nicht haben. Mit der Bekanntmachung, daß die nächste regelmäßige Mitgliederversammlung am 13. September stattfindet, schloß die Versammlung.

Der Tischlerverein hielt am 8. August Herr **Hennig** einen sehr belehrenden Vortrag über: Die Abstammung der Thiere mit besonderer Berücksichtigung des Menschen. In seinem Schlusswort streifte **Hennig** die Vorkammer Enthüllungen und kam auch auf das Ausstellen des sogenannten heiligen Moses in Trier zu sprechen, bemerkend, wie drastisch es sich hier zeige, daß überall da, wo das Volk systematisch in Unwissenheit erhalten werden soll, die heutigen Gewalten ihre Protektion gern hergeben, dagegen einem freien Wort darüber sofort eine Anklage seitens des Staatsanwalts droht. Die Ausführungen fanden ungeheilten Beifall.

Hierauf bewilligte die Versammlung dem Hinterbliebenen eines kürzlich verstorbenen Kollegen eine Unterstützung von 40 M. aus dem Extra-Unterstützungsfonds.

Der Bestand der Vereinskasse betrug am 1. Juli 613,79 M. Die in einer vorigen Generalversammlung erfolgte Abrechnung der Kranken-Unterstützungs-Kasse des Vereins (S. S. Nr. 89) vom zweiten Vierteljahre ergab:

Einnahme . . . . .	942,— M.
Ausgabe . . . . .	594,68 „
Ueberschuß . . . . .	357,32 M.
mit dem Bestand vom 1. April . . . . .	617,42 „

beträgt der Kassendefizit überhaupt . . . . . 574,74 M.

Der gesetzliche Reservefonds beläuft sich auf 4777 Mark, die Mitgliederzahl auf 491.

Dem Kassierer, Herrn **Winter**, wurde Decharge erteilt. Der Verein unternimmt am 6. September den zweiten Besuch der Kranta waja **Wille** & 50 Pfennig bei allen Vorstandsmitgliedern zu haben sind.

Der Verband der in Holzbearbeitungsfabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter (Präsidium Berlin) hielt am 8. August eine Mitgliederversammlung ab, in welcher zunächst ein Antrag, betreffend Einrichtung einer Zahlstelle in der Nähe des Kottbuser Damms,

